

mo

SOS
MITMENSCH

KOLPORTAGE DAVON 1,25 EURO
2,50€
FÜR

MAGAZIN FÜR
MENSCHENRECHTE NR. 62

ZWISCHEN DEMOKRATIE UND VERSCHWÖRUNG

INTERVIEW
CHRISTOPH WIEDERKEHR
ÜBER ZWEISPRACHIGKEIT

LESBOS
HÖLLE AUF ERDEN



Magazin für Menschenrechte 1/2021, März bis Mai 2021. Herausgeberin: SOS Mitmensch, Zollgasse 15/2, A-1070 Wien, www.sosmitmensch.at

Was MO-Kolporteur*innen erleben

Illustration: P.M. Hoffmann, Text: Thyra Veyder-Malberg



P.M. Hoffmann / Thyra Veyder-Malberg



JETZT SPENDEN!
IBAN: AT87 6000 0000 9100 0590
BIC: BAWAATWW

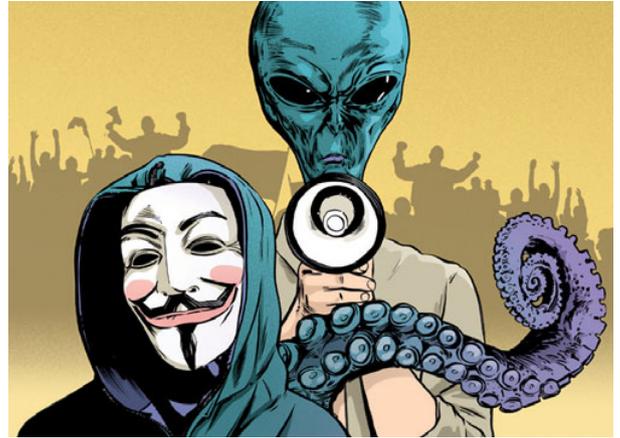


Illustration: PM Hoffmann

Zwischen Demokratie und Verschwörungsglauben:
eine Gratwanderung.

Liebe Leserin Lieber Leser

Zur Sorge um die Gesundheit mischen sich zunehmend Bedenken über die Grundrechte in unserer Gesellschaft. Sie werden aber trotz anderer Signale nicht dadurch wieder hergestellt, dass sich die Bürger*innen durch neue Auflagen (durch „Freiimpfen“ und ähnliches) diese wieder zurückholen können. Verschwörungsmymthen blühen und die Geduld der Menschen wird mit jeder neuen „entscheidenden Woche“ strapaziert. Die Frage in unserer aktuellen Ausgabe ist: wie sollen wir dem begegnen?

Die jüngste Initiative von SOS Mitmensch, #hiergeboren, thematisiert, dass 220.000 Österreicher*innen, die hier geboren und aufgewachsen sind und hier leben, vom Staat als Ausländer*innen behandelt werden. Sie haben aufgrund äußerst rigider finanzieller und anderer Vorgaben kaum Möglichkeiten, die Staatsbürgerschaft und damit gleiche Rechte zu erhalten. Damit hat Österreich, in Europa das absolute Schlusslicht bei Einbürgerungen, ein veritables Demokratieproblem. Nun scheint Bewegung in die Politik gekommen zu sein.

Dass die Ermordung der Roma ein Teil des Holocaust ist, wird oft vergessen. Wir berichten über eine Publikation, in der das „Verschwinden“ der Burgenland-Roma erstmals systematisch dargestellt wird.

In eigener Sache: Wir gendern ab dieser Ausgabe mit Sternchen.

Gunnar Landsγγελ, Chefredakteur

INHALTSVERZEICHNIS



Illustration: P.M. Hoffmann



Foto: Zur Verfügung gestellt



Foto: © Raimond Spekking / CC BY-SA 4.0 (via Wikimedia Commons)

Einstieg

2 CARTOON

MO-Kolporteur*Innen ohne Härtefonds.

3 EDITORIAL

6 NACHGEFRAGT

Wie soziale Ungleichheit die Demokratie gefährdet.

7 HANDLUNGSBEDARF

Keinbürgerungsland Österreich.

Dossier: Zwischen Demokratie und Verschwörungsmythen

9 STAATSFEINDLICHER URINSTINKT

Corona und die Folgen. Wann droht der Umschlag ins Autoritäre?

11 ZUR ENTPOLARISIERUNG DER VERHÄLTNISSE

Social Distancing und gereizte Mediendebatten. Ein Interview mit dem Medienwissenschaftler Bernhard Pörksen.

14 VON ECHSENMENSCHEN UND ENTVÖLKERUNGSPÄNEN

Verschwörungsmythen boomen. Wie sollte man dem begegnen?

Welt

17 STARTSEITE WELT

Die saudische Frauenrechtlerin Loujain al-Hathloul ist frei.

18 BENEFIZ-AUKTION

Warum Künstler*innen SOS Mitmensch unterstützen.

20 DIE HÖLLE AUF ERDEN

Über das Flüchtlingslager Kara Tepe auf Lesbos

23 WIR SOLLTEN DOPPELSTAATSBÜRGERSCHAFTEN ERLEICHTERN

Interview mit Christoph Wiederkehr, Wiener Stadtrat (NEOS) für Integration und Bildung.

26 WENN DIE SPRACHE TRENNEN SOLL

Deutschklassen brachten wenig Erfolg. Was nun?

29 IMAM GOOGLE

Die Islamwissenschaftlerin Katajun Amirpur über „politischen Islam“ und religiösen Analphabetismus.

31 IMPRESSUM

32 WIR SIND BEREIT, HARTE BRETTER ZU BOHREN

In Österreich leben 300.000 Österreicher*innen, die vom Staat als Ausländer*innen behandelt werden.

35 „EINFACH WEG“

Ein Gespräch mit Buchautor Gerhard Baumgartner über die Ermordung der Roma-Bevölkerung im Burgenland.

Rubriken

38 KOLUMNEN

Martin Schenk: Das Beste, nicht das Letzte

Philipp Sonderegger: Parlamentarische Kontrolle

Clara Akinyosoye: Reden wir über die Quote

40 NEUES AUS DER PARALLELGESELLSCHAFT

Zur Dokumentationsstelle „politischer Islam“

Kolumne: Nour El-Houda Khelifi

41 BÜCHER

Ein verheißenes Land / Mediterrane Urbanität /

Klassenreise / Solidarität gegen Klassismus / Alle satt? /

Philosophieren im Islam

45 SOS MITMENSCH: NEWS

#hiergeboren Kampagne; Kunstauktion

46 ANDERE ÜBER ...

Die Tertiarschwester über den Fall Tina und Kinderrechte.

ICH HAB JA NIX
GEGEN AUSLÄNDER,
ABER...

FÜR EINE MENSCHENWÜRDIGE GESELLSCHAFT
OHNE WENN UND ABER.

SOS Mitmensch setzt sich kompromisslos für Menschenwürde ein. Helfen Sie uns dabei – mit Ihrer Spende.
IBAN: AT87 6000 0000 9100 0590, BIC: BAWAATWW. Mehr Informationen unter www.sosmitmensch.at
SOS Mitmensch ist Trägerin des Spendengütesiegels und finanziert sich ausschließlich durch private Spenden.

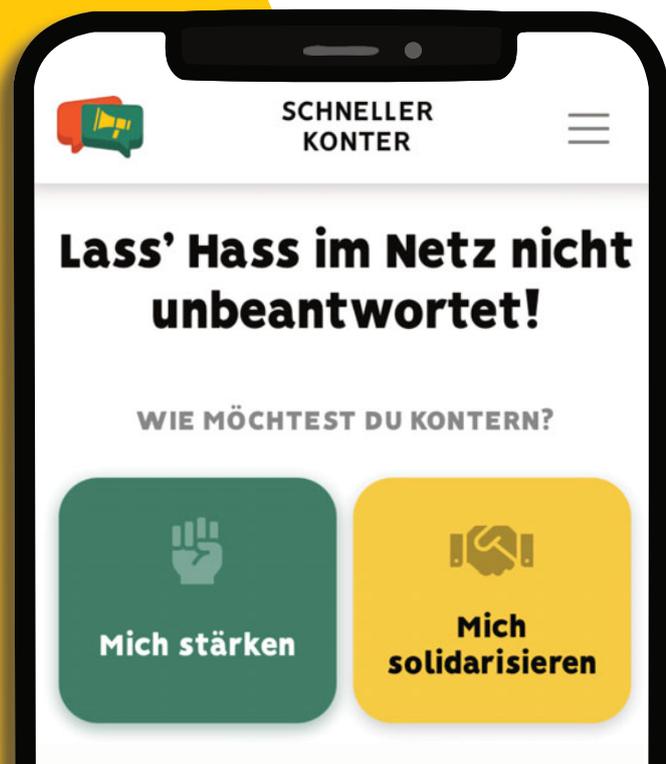


www.schnellerkonter.at



Du hast Hass im Netz erlebt
oder beobachtet und
möchtest dagegen aktiv
werden?

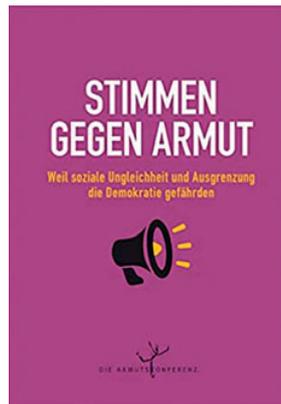
Stelle dir hier deine kreative
Gegenrede zusammen.



NACHGEFRAGT

Nach Corona

Soziale Ungleichheit wird in und nach Wirtschaftskrisen in der Regel größer. Das kann auch die Demokratie gefährden. Nachgefragt beim Sozialexperten Martin Schenk.



Stimmen gegen Armut - Weil soziale Ungleichheit und Ausgrenzung die Demokratie gefährden

Hg.: Die Armutskonferenz, Margit Appel, Verena Fabris, Alban Knecht, Michaela Moser, Robert Rybaczek-Schwarz, Martin Schenk, Stefanie Stadlober
Verlag: Books on Demand

Der Untertitel des Buches heißt: „Weil soziale Ungleichheit und Ausgrenzung die Demokratie gefährden“. Warum ist eine ungleiche Gesellschaft weniger demokratisch?

Nur die Hälfte des ärmsten Drittels geht wählen, aber 80 Prozent des reichsten. Beim untersten Drittel kommen noch alle dazu, die gar nicht wählen dürfen, hier aber ihren Lebensmittelpunkt haben, geboren sind, hier arbeiten. Die meisten befinden sich auch da im untersten Drittel der Bevölkerung, beschäftigt am Bau, in der Reinigung oder im Handel. Im Parlament sind also die Interessen des oberen und mittleren Drittels vertreten, die des untersten Drittels nicht. Die Gesetze werden deshalb auch für das oberste und für das mittlere Drittel gemacht. Auf das unterste Drittel wird vergessen.

Es fühlen sich viele gar nicht mehr in der Demokratie vertreten?

„Mit meiner Stimme kann ich bei Wahlen die Zukunft Österreichs mitbestimmen“ – dem können 50 Prozent des stärksten ökonomischen Drittels zustimmen, aber nur 28 Prozent

des schwächsten. Die Leute im ärmsten Drittel vertrauen am wenigsten. Die Mehrzahl der Menschen im ökonomisch schwächsten Drittel hat den Eindruck, ihre Stimme zählt nicht. Ein Teufelskreis. Wir haben eine tiefe soziale Kluft in der Demokratie.

Wo müsste der Sozialstaat ansetzen?

Was gegen sozialen Abstieg vor Corona geholfen hat, hilft auch jetzt gegen Abstieg. Eine gute Mindestsicherung ist besser als eine schlechte Sozialhilfe. Verfügbare Therapien, leistbares Wohnen oder gute Schulen für alle helfen jetzt wie davor.

Der Staat schüttet in der Corona-Krise Milliarden an Unterstützung aus. Bekommen es jene, die Unterstützung brauchen?

Zu wenig. Es geht um Frauen, Männer, Kinder, die bisher schon große soziale und gesundheitliche Belastungen hatten. Sie müssen jetzt entlastet werden, dass sie nicht zusammenbrechen. Und es geht um alle, die jetzt durch die Corona-Krise in eine Notsituation kommen. Welche Maßnahmen brauchen

wir? Erstens solche, die sich der sozialen Krise entgegenstellen; zweitens, Maßnahmen, die konjunkturell helfen; drittens, Maßnahmen, die Armut bekämpfen und vermeiden. Damit niemand ins Bodenlose fällt müssen die Notstandshilfe und die Familienzuschläge im Arbeitslosengeld erhöht, Privatkonkurse abfangen, eine gute Mindestsicherung gewährleistet, ein erweiterter Arbeitsmarkt für Langzeitarbeitslose geschaffen und Lehrstellenlücken für Jugendliche geschlossen werden.

Hilfsgelder sind keine strukturellen Maßnahmen. Lernt die Politik aus dieser Krise?

Insgesamt braucht es mehr sozialstaatliche Antworten auf die in der Krise wachsende Ungleichheit, weniger Bittsteller-Fonds. Das sind Maßnahmen, auf die man ein Recht hat, die nachhaltig wirken und die mehr als zufällig die Betroffenen erreichen. Es ist schon mehr als verwunderlich, dass Einkommensarme nicht von Beginn der Corona-Krise als hoch verletzte Gruppe eingestuft wurden. (red)

HANDLUNGSBEDARF

Keinbürgerungsland Österreich

Durch seine rigide Nichteinbürgerungspolitik erklärt Österreich hunderttausende hier verwurzelte Menschen zu „Fremden“. Nicht nur für die Betroffenen hat das gravierende Auswirkungen.

TEXT: ALEXANDER POLLAK

Seit fünfzehn Jahren passiert in Österreich ein folgenschwerer Prozess, der bisher weitgehend unter dem Radarschirm der breiten Öffentlichkeit gelaufen ist. Im Jahr 2005 wurde das Einbürgerungsrecht ein weiteres Mal verschärft, diesmal aber mit dem Vorschlaghammer. Die Wartezeiten wurden auf ein Minimum von sechs bis zehn Jahren verlängert, die Sprachbedingungen erhöht und ein Mindesteinkommen, das selbst mit einer Vollzeitbeschäftigung nicht immer zu erreichen ist, als absolutes K.O.-Kriterium eingeführt.

Österreich wurde damit beim Zugang zur Staatsbürgerschaft zum Schlusslicht in ganz Europa katapultiert. Die Einbürgerungsrate sank auf 0,6 Prozent. Von 1.000 Menschen, die ohne österreichische Staatsbürgerschaft in Österreich leben, werden pro Jahr nur noch sechs eingebürgert. Die Einbürgerung ist damit, von wenigen tausend Fällen abgesehen, weitgehend zum Stillstand gekommen.

Die Folge: Es wächst eine ganze Generation an hier Geborenen heran, der das Gefühl vermittelt wird, sie sei

nicht wirklich zugehörig. Ein Beispiel ist die Schülerin Mereme Merlaku. Sie besucht in Wien eine HAK und arbeitet nebenbei, um einen Beitrag zu den Schulkosten zu leisten. Ihr fällt beim Thema Zugehörigkeit sofort die „Pass Egal Wahl“ von SOS Mitmensch ein, die im vergangenen Jahr an ihrer Schule durchgeführt wurde. Es sei das erste Mal gewesen, dass sie ihre Stimme abgeben durfte, wenn auch nur symbolisch, und es sei das erste Mal gewesen, dass sie sich für einen Moment als Teil der österreichischen Bevölkerung gefühlt habe, erzählt die 18-jährige.

Dieses Gefühl der nicht vollen Zugehörigkeit und das Erleben des Ausschlusses von wichtigen Rechten betrifft inzwischen mehr als 300.000 hier geborene bzw. hier von klein auf aufgewachsene Menschen. Für die Betroffenen bedeutet das, dass der Staat in ihnen „Fremde“ sieht, ihnen die Anerkennung als Österreicher*innen verweigert und sie auf vielen Ebenen benachteiligt. Im Extremfall können sie sogar, wie erst kürzlich im Fall Tina geschehen, aus ihrem eigenen Land herausgeschmissen werden.



Illustration: Petja Dimitrova

Was ist zu tun? Die Nichteinbürgerungspolitik muss beendet werden. SOS Mitmensch hat dazu die Initiative #hiergeboren gestartet. Gefordert wird die automatische Verleihung der Staatsbürgerschaft per Geburt für alle Kinder, die hier zur Welt kommen, wenn die Eltern seit mehreren Jahren hier aufhältig sind. Für Kinder, deren Eltern bei der Geburt in Österreich erst kurz im Land sind, soll es nach spätestens sechs Jahren die Staatsbürgerschaft geben. Gefordert wird auch das Recht auf bedingungslose und kostenfreie Einbürgerung für alle, die als Kind nach Österreich gekommen sind, noch vor dem 16. Geburtstag, damit der Weg frei für die Beteiligung an der Demokratie ist.

Es müssen rasch erste Schritte gesetzt werden, um die Ausgrenzungsspirale zu stoppen. Bereits mehr als 35.000 Menschen, darunter zahlreiche prominente Persönlichkeiten, unterstützen die #hiergeboren-Initiative auf www.hiergeboren.at mit ihrer Unterschrift.



Wenn man einmal beginnt, gegen Meinungen vorzugehen, gerät man schnell auf eine schiefe Bahn.

STAATSFEINDLICHER URINSTINKT

Der demokratische Rechtsstaat baut auf der Idee der individuellen Freiheit auf, regiert aber in der Praxis weit ins Alltagsleben des Einzelnen hinein. Wann droht der Umschlag ins Autoritäre?

Text: Robert Misik, Illustrationen: P.M. Hoffmann

Es gibt so etwas wie die „Fifty-Shades of Conspiracy-Stories“, die fünfzig Graustufen von Verschwörungserzählungen, die von bizarr gestört bis tendenziell realitätsnah reichen. Verschiedene Spielarten dieser Märchengeschichten handeln davon, wie böswillige Eliten eine Diktatur er-

richten. Nicht wenige Leute glauben wirklich, dass sich ein ruchloses Establishment schon seit den Siebziger Jahren verabredet habe, eine Pandemie zu erfinden und diese dann zur Beseitigung der Demokratie zu benutzen. Dass Herrschende böse Absichten haben, ist ja weitgehend Konsens, dass sie diese

Absichten planvoll und langfristig verfolgen, ist da nur ein zweiter Schritt, der auch in kapitalismus- oder globalisierungskritischen Kreisen weit verbreitet ist. Wenn man den Herrschenden dann etwas näher kommt, würde man an dieser Story meist etwas zu zweifeln beginnen, da man ihnen kaum zutrau-



en würde, langfristige Überlegungen, so sie denn überhaupt welche haben, planvoll zu verfolgen.

Meine Lebenserfahrung lehrt mich, dass sie eher zu oft als zu selten keinen Plan haben.

Auf tönernen Füßen: untersagte Demonstrationen

Wer an solche Konspirationen nicht glauben mag, findet aber in der Realität genügend Anhaltspunkte für autoritäre Versuchungen. Facebook, Twitter, Youtube und Co. gehen neuerdings gegen „alternative Information“ vor, löschen Donald Trump genauso wie Rechtsextremisten wie Martin Sellner, und gegen die Fülle an Verschwörungslügen wird neuerdings auch von offizieller Seite vorgegangen. Das ist mindestens eine diskussionswürdige Sache, denn wenn man einmal beginnt, gegen Meinungen vorzugehen (und seien es die verwerflichsten Meinungen), dann gerät man schnell auf eine schiefe Bahn und die Frage stellt sich, wo das dann endet.

Wenigstens diffizil ist all das: Machen Spinner Propaganda, dürfen Ministerien natürlich mit Gegenkampagnen ant-

worten (wer würde fordern wollen, dass sie sich kampfflos ergeben müssten?), aber dann setzt es sofort den Vorwurf, es würde staatsoffizielle Meinungsma- che betrieben.

Die „New York Times“ schlug gerade vor, die Biden-Regierung möge einen „Reality-Czar“ installieren, also einen „Wirklichkeitsbeauftragten“, der den Kampf für echte Wahrheit und gegen „alternative Fakten“ führen solle. Der Gedanke ist zumindest heikel, alleine wenn man bedenkt, wie nah die Sache rein begrifflich einem „Wahrheitsministerium“ Orwellscher Güte wäre. Man muss kein Verschwörungstheoretiker sein, um da zumindest „Vorsicht“ zu rufen.

Schließlich werden autoritärere Regierungsstile recht häufig wegen scheinbaren oder wirklichen „guten Gründen“ eingeführt. Selbst Diktatoren vermarkten ihre Diktatur nicht mit dem Hin-

GESETZLICHE REGELUNGEN WERDEN IM SCHNELL-DURCHGANG DURCH DIE PARLAMENTE GEPEITSCHT.

weis, dass sie so gerne diktieren, foltern und unterdrücken, sondern mit der Begründung, dass es eben nicht anders gehe in einem Moment von Aufruhr, Gefahr oder Not. Die prophylaktischen Demonstrationsverbote, die Innenminister und Polizeipräsident über die Demos der Durchseuchungs-Fans verhängten, stehen so gesehen auf recht tönernen Füßen. Dass die Demonstrant*innen durchwegs Abstandsgebote und Maskenpflicht ignorieren, somit eine akute Gesundheitsgefährdung von diesen Demonstrationen ausgeht, ist unabweisbar, aber schon im Vorfeld eine angenommene Gesundheitsgefährdung für die Untersagung zu nutzen öffnet den Weg in trübes Gewässer, in das man sich besser nicht bewegt. Man übersehe aber in der aktuellen Er-

regung eines nicht: Letztendlich sind das alles Fragen, die eigentlich nicht sonderlich neu sind. Schon vor Jahrzehnten stellten auch radikale Linke das „NS-Wiederbetätigungsgesetz“ in Frage, nicht weil sie Nazis so gerne mögen, sondern weil damit das Institut des Meinungsverbots ins demokratische Rechtssystem etabliert wurde, das dann leicht auch auf andere Meinungen ausgeweitet werden kann (was ja auch geschieht, man denke nur an das Symbolverbot, das heute auch PKK-Fahnen und vieles mehr umfasst).

„Demokratie in Quarantäne“

Auch notwendige Notstandsmaßnahmen können zumindest nicht intendierte Neben- und Langzeitfolgen haben. Die simpelste Art ist, dass autoritäre Maßnahmen, einmal etabliert, nicht mehr so bald abgeschafft werden, wenn Regierende sich einmal daran gewöhnt haben, dass sie bequem sind. Darauf haben auch vernünftige Kritiker*innen der Covid-19-Verordnungen früh hingewiesen. Wenn es schnell gehen muss, werden Verordnungen erlassen, bei denen auf den Buchstaben des Gesetzes nicht genau geachtet wird, schließlich geht es doch um einen Notfall, wer werde sich da um „juristische Spitzfindigkeiten“ scheren, wie Sebastian Kurz in unnachahmlicher Patzigkeit formulierte. Gesetzliche Regelungen werden im Schnelldurchgang durch die Parlamente gepeitscht, schließlich ist Gefahr in Verzug und da müssen die Volksvertreter still sein und nur das Händchen heben. Für den Geist der Demokratie fehlt dann einfach die Zeit. „Demokratie in Quarantäne“, hat das die Staatsrechtlerin Tamara Ehs genannt. „Zu groß ist nämlich die Gefahr der Gewöhnung an den autoritären Maßnahmenstaat.“

Üblicherweise haben demokratische Rechtsstaaten dagegen ein einfaches Mittel gefunden, die sogenannte „Sunset-Clause“ („Sonnenuntergangs-



Freier Wille versus Gesellschaftsvertrag. Ein unlösbarer Konflikt?

Regel“), der zufolge aus dem Notfall geborene Husch-Gesetze automatisch zu einem bestimmten Termin außer Kraft treten, sofern sie nicht von einer parlamentarischen Mehrheit erneuert werden.

In Österreich jedenfalls, gibt hier der frühere Bundeskanzler Franz Vranitzky zu bedenken, „haben wir aber immerhin eine wichtige Korrekturstelle, und das ist der Verfassungsgerichtshof, und der hat bisher sorgsam darüber gehütet und gewacht, dass es keine Ausrutscher in Richtung autoritäre Systeme gibt.“

Die Crux mit dem Gesellschaftsvertrag

Die pandemische Situation macht ein Spannungsverhältnis deutlich, das so wieso stets im demokratischen Rechtsstaat vorhanden ist, nämlich das zwischen individueller Freiheit und bindender gesellschaftlicher Ordnung. Darauf hatte schon der legendäre Vater der österreichischen Verfassung, Hans Kelsen, hingewiesen, etwa in „Vom Wert und Wesen der Demokratie“.

Der freie Bürger solle, so ist der Anspruch, nur einem untertan sein, nämlich seinem eigenen Willen. Dieser Freiheitgedanke, so Kelsen, entspringt

einem „staatsfeindlichen Urinstinkt, der das Individuum gegen die Gesellschaft stellt.“ Gedankenspiele versuchen diese Spannung aufzulösen. Etwa das Gedankenspiel vom Gesellschaftsvertrag, den wir aus freien Stücken schließen, und vom Konsens, der im demokratischen Verfahren hergestellt würde. Das Problem freilich: Wir werden alle in Staaten hineingeboren, schließen also mit niemand einen Gesellschaftsvertrag, und

VERFASSUNGSGERICHTSHOF: SOLL GEGEN AUTORITÄRE TENDENZEN SCHÜTZEN.

Einhelligkeit ist für das „praktische Staatsleben ... indiskutabel“ (Kelsen). „Hier zeigt sich deutlich der unlösbare Konflikt, in dem die Idee der individuellen Freiheit zur Idee einer sozialen Ordnung steht.“

In der Praxis ist es aber natürlich so: Die parlamentarische Mehrheit beschließt Gesetze gegen die parlamentarische Minderheit, und diese Gesetze sind dann für alle bindend, egal ob sie diese Gesetze gutheißen oder nicht. In der pandemischen Situation sind die Bürger und Bürgerinnen zudem durch Anste-

ckungsketten miteinander verbunden, sodass die Nichteinhaltung von Gesetzen durch eine Minderheit sofort gesundheitsgefährdende Auswirkungen für die Mehrheit hat.

Um verfassungsrechtliche Fragwürdigkeiten von vornherein auszuschließen, hat das Parlament im Laufe des vergangenen Jahres eine Reihe von Gesetzesänderungen beschlossen, die grob Folgendes regeln: Anti-Seuchen-Maßnahmen können vom Gesundheitsminister verhängt werden „um einen drohenden Zusammenbruch des Gesundheitssystems oder ähnlich gelagerte Notsituationen“ zu vermeiden, dafür benötigt er aber die Zustimmung des Hauptausschusses des Nationalrates, außer es ist wirklich Gefahr in Verzug – dann muss die Zustimmung nachträglich eingeholt werden.

Verfassungs- und freiheitsrechtlich ist das mehr als wasserdicht, wirft aber, wie wir seither sehen, sofort die nächsten Fragen auf. Denn interpretiert man die Sache streng, dann dürfte erst reagiert werden, wenn der Zusammenbruch des Gesundheitssystems schon nahe ist. Aber dann ist es reichlich spät. Lässt sich aber vorausschauendes Handeln rechtfertigen, wenn dieser Zusammenbruch zwar prognostizierbar ist, aber erst in drei Wochen eintritt?

Der demokratische Rechtsstaat sieht vor, dass staatliches Handeln nur auf Basis von Gesetzen erfolgen darf, aber sind die Gesetze nicht präzise genug, kann ein Minister tun, was er will, sind sie aber zu präzise, sind selbst vernünftige Verordnungen nicht möglich.

Am Ende sind dann alle unzufrieden, wenngleich aus verschiedenen Gründen.



Robert Misik
Die neue (Ab)normalität. Unser verrücktes Leben in der pandemischen Gesellschaft.
Picus Verlag 2021
160 Seiten

ZUR ENT- POLARISIERUNG DER VERHÄLTNISSSE

Unsere (Medien-)Kommunikation: Eine Empörung folgt der nächsten, die Fronten scheinen verhärtet. Das „Social distancing“ in Corona-Zeiten scheint das Problem noch zu verschärfen. Ist die demokratische Debatte noch zu retten? Ein Gespräch mit dem deutschen Medienwissenschaftler Bernhard Pörksen über die große Gereiztheit unserer Zeit.

Interview: Eva Maria Bachinger

Ist eine sachliche Debatte in Zeiten von sekundenschnellen Tweets und Postings überhaupt noch möglich? Man hat den Eindruck viele posten aus Emotionen heraus und denken überhaupt nicht mehr nach.

Stimmt, das ist das Problem des kommentierenden Sofortismus, man reagiert sofort und zu schnell, vielleicht auch aus einem ehrenwerten Motiv heraus. Studien zeigen, dass manche Menschen auch deshalb posten und Falschnachrichten verbreiten, um andere zu warnen; manchmal geht es aber einfach nur darum, die eigene Aufregung zu verarbeiten.

Ständig muss man sich offenbaren und deklarieren. Wer nicht für oder gegen „Me too“ oder „Black Live Matters“ ist, ist verdächtig, völlig unerheblich, was man wirklich denkt. Dieses Vorgehen findet man in liberalen, linken Zirkeln genauso wie in rechten. Wie



„Kommunikation ist auf eine wunderbare und beunruhigende Weise unberechenbar, sie erzeugt systematisch Überraschungen.“ Bernhard Pörksen

kann das Freund/Feind-Schema aufgebrochen werden?

Das ist eine schwierige Frage, denn es gibt, leider oder glücklicherweise, kein Patentrezept. Kommunikation ist auf eine wunderbare und beunruhigende

Weise unberechenbar, sie erzeugt systematisch Überraschungen. Und doch: Natürlich gibt es ein paar Orientierungsmarken. Es ist gewiss ratsam, Person und Position zu trennen, das Zögern zu trainieren, die Freude an der Nuance zu

entdecken und den wertvollen Kern in der Auffassung des Anderen zu würdigen. Und die Kritik des gegnerischen Standpunktes keinesfalls zur Attacke auf den „ganzen Menschen“ auszuweiten. Aber all das sind lediglich ein paar Prinzipien auf dem Weg zur unvermeidlich individuellen Lösungssuche.

Verstärkt durch Corona, aber auch schon davor, finden Diskussionen oft nur noch medial statt, in den klassischen und vor allem in den sozialen Medien. Man bleibt ansonsten unter sich und umgibt sich mit Menschen, die genauso denken wie man selbst. Es bräuchte viel mehr face-to-face-Diskussionen, doch wie könnte das wieder belebt werden?

**WIR BRAUCHEN ZUR
ENTPOLARISIERUNG
EINE „RESPEKTVOLLE
KONFRONTATION“.**

Sie haben Recht: Das direkte Gespräch in einer entspannten, kooperativen Atmosphäre ist eine ganz entscheidende Medizin auf dem Weg zur Entpolarisierung der Verhältnisse. Aber bis auf weiteres sind wir durch die Pandemie zur medialen Distanz-Kommunikation verpflichtet. Auch um uns selbst und um Andere zu schützen. Und darin liegt auch das Problem, dass unterschiedliche Auffassungen enorm verkürzt und enorm schnell in radikaler Unmittelbarkeit aufeinanderprallen. Aus meiner Sicht braucht es unter solchen Bedingungen und der Ad-hoc-Konfrontation mit immer anderen Ansichten und Perspektiven eine Zukunftstugend der Kommunikation, die ich die „respektvolle Konfrontation“ nennen möchte. Sagen, was zu sagen ist, weil sonst die Gefahr besteht, dass die lauten Stimmen und die kleine, extremistische Minderheit die Formen der Auseinandersetzungen von den Rändern her bestimmen. Es geht darum, sich nicht

opportunistisch zu ducken, aber auch nicht auf die Abwertungsspirale und das Spiel pauschaler Verunglimpfungen einsteigen, die das Kommunikationsklima nur weiter ruinieren.

Ermüdend ist für viele wohl auch, dass bei Talkshows die ewig gleichen Gäste eingeladen werden. Medien folgen oft auch stark einem bipolaren Denken. Ist das auch Ihr Eindruck?

Ich würde nicht so scharf formulieren, nein. Natürlich, es gibt Talkshows, die bloß als Scripted-Reality-Formate funktionieren. Man hat seine festgelegte Rolle, ist fixiert auf die Position und ein paar provozierende Ansagen, die von gestressten Praktikanten in Vorab-Gesprächen notiert werden, um dann nach Drehbuch in der Sendung abgefragt zu werden. Aber es gibt selbst im Fernsehen und auch in Talkshows Momente der Überraschung, so zumindest meine Erfahrung. Mehr Unberechenbarkeit zuzulassen, ja, sie zu befördern, darauf käme es an, das erscheint mir als ein ganz entscheidendes Qualitätskriterium.

Wie erklären Sie sich die rasche Empörung, die Gereiztheit bei vielen Themen, über die diskutiert wird? Sind das die medialen Werkzeuge, die enthemmen oder haben sich die Menschen so verändert? Vieles würde man sich niemals so ins Gesicht sagen, wie man es postet, oder?

Stimmt. Anonymität, ja schon das Gefühl, man agiere aus dem Dunkel der Anonymität heraus, enthemmt. Meine grundsätzliche Erklärung für die große Gereiztheit unserer Zeit lautet jedoch: Wir sehen unter den aktuellen Kommunikationsbedingungen nicht zu wenig Unterschiedlichkeit, sondern zu viel. Das Banale, das Berührende und das Bestialische – alles wird unter Umständen sofort sichtbar, auf einem einzigen Kommunikationsmaximal, mitunter in radikaler Verknappung und Verkür-



Foto: Albrecht Fuchs



zung. Kurz und knapp: Vernetzung verstört, sie schleift die Idylle, bricht den eigenen Behaglichkeitskosmos auf.

Ist ein Grund vielleicht auch, dass man nur die Meinung sieht, die man nicht aushält, und nicht mehr den ganzen Menschen in seiner Komplexität und Geschichte? Also wird zu wenig berücksichtigt, wie jemand zu seiner Meinung kommt, wie er geprägt wurde?

Ein guter Punkt, ja. Denn es gilt: Je mehr der Andere in seiner Vielschichtigkeit und mit seiner Geschichte und seinem Gewordensein sichtbar wird, desto schwieriger wird die Ad-hoc-Diffamierung. Komplexe Erzählungen und nuancenreiche Narrative blockieren die Feindbildpflege, sie machen die Gemeinsamkeiten und das Verbindende sichtbar.

KOMPLEXE ERZÄHLUNGEN BLOCKIEREN DIE FEINDBILD- PFLEGE UND MACHEN DAS VERBINDENDE SICHTBAR.

Wenn andere Meinungen nur noch verdammt werden – weil sie sexistisch, rassistisch, politisch unkorrekt, linkslink, gutmenschlich oder rechtsextrem sind – sind wir dann überhaupt noch demokratisch gesinnt?

Die bloße Verdammung und die enthemmte Attacke ist in der Tat kein Instrument eines demokratischen, den Pluralismus würdigenden Diskurses. Aber ich wäre nicht ganz so pessimistisch. Meine These lautet, dass wir, kommunikationsanalytisch betrachtet, in einer „Gesellschaft der Gleichzeitigkeiten“ leben. Es gibt jede Menge Hass und Hetze, enthemmte Formen der Aggression, insbesondere im Netz. In manchen Milieus existiert hingegen eine moralisierende Hypersensibilität, die bei dem so wichtigen Versuch, unnötige Kränkungen zu vermeiden, neue Formen der Verspanntheit produziert. Und in Schulen, Universitäten und Unternehmen re-

giert oft eine von echter Wertschätzung geprägte Kommunikation, die öffentlich jedoch kaum beachtet wird. Hass, Hypersensibilität, authentischer Respekt – all das findet sich gleichzeitig. Als bekennender Diskursenthusiast hoffe ich, dass in dieser Gemengelage letztlich und im Laufe der Zeit die respektvolle Auseinandersetzung immer wichtiger wird.

Wie kommen wir dorthin?

Ich habe keine Patentlösung. Aber wir bräuchten längst ein eigenes Schulfach, um die laufende Kommunikationsrevolution bildungspolitisch abzufedern. Ein solches Schulfach hätte drei Säulen – zum einen die Medien- und Machtanalyse, zum anderen die Medienpraxis in Form einer angewandten Argumentations- und Diskurslehre. Und schließlich die Auseinandersetzung mit einem Fach, das ich angewandte Irrtumswissenschaft nennen möchte – ein Sich-Befassen mit der ungeheuren Irrtumsanfälligkeit des Menschen. Ein solches Fach wäre ein systematischer Ort, um diese Medienmündigkeit zu trainieren.



Zum Buch: Der Medienwissenschaftler Bernhard Pörksen und der Kommunikationspsychologe Friedemann Schulz von Thun analysieren den kommunikativen Klimawandel. Sie zeigen Auswege aus der Polarisierungsfalle in Zeiten der großen Gereiztheit und der populistischen Vereinfachungen und entwerfen eine Ethik des Miteinander-Redens, die Empathie und Wertschätzung mit der Bereitschaft zum Streit und zur klärenden Konfrontation verbindet. Ihr Buch „Die Kunst des Miteinander-Redens. Über den Dialog in Gesellschaft und Politik“ ist im Carl Hanser-Verlag erschienen.

VON ECHSEN- MENSCHEN UND ENTVÖLKERUNGS- PLÄNEN

Seit der Corona-Krise sind Verschwörungserzählungen zunehmend sichtbarer. Oftmals werden jene, die daran glauben, als lächerliche Spinner abgetan. Wie aber sollte man solchen Narrativen begegnen?

Text: Valentine Auer

5G-Sendemasten sind für die Verbreitung des Corona-Virus verantwortlich. Klimaaktivistin Greta Thunberg ist eine „Marionette“ des jüdischen Milliardärs George Soros oder – je nach Perspektive – eine Zeitreisende, jedenfalls ist sie gefährlich. Genauso wie die „Echsenmenschen“ Angela Merkel oder Barack Obama.

Das sind doch alles Spinner. So lautet wohl eine häufige Reaktion auf Personen, die von der Wahrheit solcher Sätze überzeugt sind. Doch Menschen, die an Verschwörungen glauben, gibt es quer durch die Bevölkerung – unabhängig von Bildungsstatus, sozioökonomischen Status oder psychischen Erkrankungen. Es ist das Bedürfnis nach Einzigartigkeit, das Menschen im Verschwörungsglauben eint, sagt Katharina Nocun. Die Politikwissenschaftlerin veröffentlichte im Mai 2020 gemeinsam mit der Psychologin Pia Lamberty das Buch „Fake Facts. Wie Verschwö-

rungstheorien unser Denken bestimmen“. Der Glaube an Verschwörungen kann Selbstbewusstsein geben, erklärt sie: „Ich bin Teil einer kleinen Gruppe, die die Wahrheit kennt und dadurch die Menschheit retten kann – das ist ein attraktives Selbstbild“. Geht es also um die Eigenwahrnehmung, ist nicht von Spin-

VERSCHWÖRUNGSMYTHEN MACHEN AUS EINER ABSTRAKTEN BEDROHUNG EINE KONKRETE.

nern, sondern von Protagonist*innen einer klassischen Heldengeschichte die Rede.

Mehr als ein abwertendes Lachen werden die obigen Sätze bei vielen Menschen dennoch nicht hervorrufen. Verschwörungstheorien halt. Oder passender: Verschwörungserzählungen, Verschwörungsmythen. Denn mit wissenschaftlichen Theorien haben diese Narrative nichts gemein. Im Gegenteil:

Wissenschaftliche Erkenntnisse werden ignoriert, stattdessen wird nach Schuldigen gesucht, nach dem großen Plan, der eigentlich dahintersteckt.

Fehlender demokratischer Diskurs

Trotzdem. Verschwörungsgläubige zu belächeln, verkennt die Gefahren, u.a. auch für demokratische Grundwerte, so Nocun weiter: „Wenn ein bestimmter Anteil der Bevölkerung Institutionen wie der Wissenschaft oder den Medien nicht vertraut, findet man als Gesellschaft nur noch ganz schwierig zueinander. Ein demokratischer Diskurs ist kaum noch möglich.“

Wie hoch dieser Anteil ist, ist schwer zu benennen. Als Beispiel nennt die Politikwissenschaftlerin jedoch die USA. Laut einer repräsentativen Umfrage der amerikanischen NGO „Hope not Hate“ glauben 19 Prozent aller Befragten, dass die Covid-19-Pandemie Teil eines „Entvölkerungsplans“ der UNO ist. 15 Prozent denken, dass uns die

Impfungen gegen das Virus mit Gift infizieren sollen. Und immerhin 10 Prozent aller Befragten bezeichnen sich als Unterstützer*innen der QAnon-Bewegung. Das ist jene Gruppe von Verschwörungsgläubigen, die zuletzt durch den Sturm auf das Kapitol in Washington Aufmerksamkeit erhielt.

Krisen als Nährboden

Europa ist noch weit entfernt von solchen Zuständen, weiß Nocun. Es mag zwar für manche den Anschein haben, doch einen historischen Höhepunkt von Verschwörungserzählungen erleben wir derzeit nicht. Immer wieder in der Geschichte waren Verschwörungserzählungen Mehrheitsmeinung, bauten Ideologien wie die des mörderischen Nationalsozialismus auf solche Narrative, und werden auch heute noch von Politiker*innen selbst in Umlauf gebracht. Vor allem in Krisenzeiten. Denn diese sind ein guter Nährboden: Tiefgreifende Umbrüche können individuelle Lebenswirklichkeiten in Frage stellen, Existenzen bedrohen, zu Kontrollverlust und Unsicherheit führen. Egal, ob es sich um ein Virus oder um eine Klimakatastrophe handelt – Verschwörungserzählungen machen aus einer abstrakten eine konkrete Bedrohung, sie geben Kontrolle und Sicher-

Demos und Gegendemos; emotionale Zeiten.



Fotos: Iven O. Schlosser/Shutterstock, Dominic Wunderlich/Pixabay



Covid-Leugner*innen-Demo. Jedoch scheint Europa noch weit entfernt von einer Situation wie in den USA, wo die krudesten Verschwörungsmythen auf fruchtbaren Boden fallen.

heit zurück. Nicht mehr das Gefühl einer Situation hilflos ausgeliefert zu sein dominiert, sondern das Gefühl, dagegen ankämpfen zu können.

Eine Art Ohnmacht

Das macht sich auch in der Arbeit von Dieter Gremel bemerkbar. Der stellvertretende Leiter der österreichischen „Beratungsstelle Extremismus“ erzählt, dass Verschwörungsmythen als Merkmal extremistischer Ideologien schon immer ein Thema waren. Zugleich bemerkte er in jüngster Zeit, wie sich im Alltag bei den Beratungsgesprächen etwas verschoben hat: „Seit 2020 ist der Anlass von Anrufen deutlich öfter die

Verschwörungserzählung selbst, nicht der Extremismus. Leute erzählen uns, dass ihr Bruder, ihr Onkel oder ihre Mutter total in Verschwörungsideologien verhaftet ist“, so Gremel.

Oft ist es eine Art Ohnmacht, die die Menschen zur Beratungsstelle bringt. Der Dialog wird nicht nur innerhalb der Gesellschaft, sondern im persönlichen Miteinander verunmöglicht, weiß Gremel: „Die Basis über etwas reden zu können, geht verloren. Angehörige oder Freund*innen stellen sich die Frage, ob man sich noch im gleichen Werteraum befindet. Die Befürchtung, dass dem nicht so ist, kann dabei erschreckend sein.“ Hinzu kommen Ängste und Sorgen der Anrufer*innen darüber, dass der Glaube an Verschwörungstheorien sich auf das Leben der Betroffenen negativ auswirken könnte. Auch dass man den Zugang zu der betreffenden Person verliert oder dass es im Extremfall zu Gewalt kommt.

Radikalisierung bis zur Gewalt

In manchen Beratungsgesprächen erkennt Gremel sogar Parallelen zur Rhetorik und den Zielen von QAnon. (Das ist jene Gruppe, die im Internet eine Weltverschwörung satanischer Polit-Eliten wittert, die Kinder entführt und sich mit deren Blut verjüngt. Donald Trump führte, so glauben die QAnon-Anhänger*innen, einen Kampf gegen diese Elite.) Auch Gremel ist bei seiner



Dieter Gremel, Beratungsstelle Extremismus: trifft bei Gesprächen vermehrt auf Verschwörung.



Katharina Nocun, Buchautorin: Verschwörungsgläubige zu belächeln verkennt die Gefahren.

Arbeit schon die Vorstellung begegnet, dass es einer gewalttätigen Übernahme des politischen Systems bedarf, um Schlimmeres zu verhindern. Bemerkenswert, dass der Verfassungsschutz (BVT) ähnliche Tendenzen festgestellt hat. In einem Bericht über „Corona-Demos“, den Der Standard zitiert, wird „von der Notwendigkeit eines Bürgerkrieges“ berichtet, werden Regierungsmitglieder als „Massenmörder“ verunglimpft, während „die Protestbewegung als legitime Revolutionsbewegung“ bezeichnet wird, „die militant gegen ein tyrannisches Regime vorgehen muss“. Entsprechende Hinweise auf ein Gewaltpotential finden sich auch in Telegram- oder Social-Media-Gruppen, in denen sich – genauso wie auf Demos selbst – Verschwörungsgläubige wie auch Rechtsextreme tummeln.

Natürlich, nicht alle Verschwörungsgläubigen sind gefährlich. Studien zeigen jedoch, dass Menschen, die zu so einem Gedankengut neigen, eher Gewalt befürworten, sagt Nocun. Sie erklärt das so: „Innerhalb von Verschwörungserzählungen werden Feindbilder konstruiert, mit denen man keine Lösung finden und keine Argumente austauschen will. Feinde will man bekämpfen. Dadurch kann Gewalt wesentlich einfacher gerechtfertigt werden.“

Als Beispiel nennt die Buchautorin nicht nur den Sturm auf das Kapitol, bei dem

mehrere Waffen sichergestellt wurden, sondern auch jüngste rechtsextreme Attentate in Europa. Sei es der Anschlag in Halle auf eine Synagoge (2019) oder jener in Hanau (2020) vor zwei Shisha-Bars, wo der Täter neun Menschen mit Migrationshintergrund erschoss – beide Terroristen rechtfertigten ihre Tat mit wirren, rassistischen Ansichten. Der Halle-Attentäter hatte nach einem klassischen antisemitischen Muster etwas „gegen die Leute, die hinter der finanziellen Macht stehen“ und glaubte, „Der weiße Mann zählt nichts mehr.“ Der Attentäter von Hanau erstand Literatur bei rechten Verlagen über Geheimgesellschaften und den Nationalsozialismus und betrieb einen Youtube-Kanal als „Enthüllungsplattform“. Laut „Spiegel“ hatte der Mann in einer Art Pamphlet seinen rassistischen Wahn niedergeschrieben, bevor er zur Tat schritt. U.a. hielt er fest: Die meisten „Rassen und Kulturen“ seien „destruktiv – vor allem der Islam“. Oder: Nicht alle Bundesbürger seien „reinrassig und wertvoll“. Er könne sich „eine Halbierung der Bevölkerungszahl“ vorstellen.

Aufklären, dagegenreden

Wie sieht nun grundsätzlich ein verantwortungsbewusster Umgang mit Verschwörungserzählungen aus? Dazu Nocun: „Es fällt uns gerade auf die Füße, dass das Thema lange als lächerlich

wahrgenommen wurde. Wir müssen jetzt die Aufmerksamkeit nützen und kommunizieren, dass Verschwörungserzählungen nichts mit Dummheit oder psychischen Erkrankungen zu tun haben, sondern in jeder Familie vorkommen können.“

Das bedeutet nicht, dass man Verschwörungserzählungen zuzustimmen oder sie kommentarlos stehen zu lassen hat: Faktenchecks können bei jenen etwas bewirken, die noch ein gewisses Vertrauen in einzelne Personen oder in Institutionen haben, erklärt Dieter Gremel. Präventiv müsse Medienkompetenz aufgebaut werden – insbesondere bei älteren Personen. Und auch im Bildungsbereich ist Aufklärungsarbeit angesagt, so Nocun: „Wenn ich die Mechanismen hinter Verschwörungserzählungen kenne, wenn ich weiß, wann und warum ich selbst verletzlich bin, sinkt die Anfälligkeit für solche Narrative.“

Vor allem gilt es sowohl im persönlichen Kontakt als auch gesamtgesellschaftlich Stellung zu beziehen. „Am Beispiel von Impfgegner*innen zeigt sich, dass in den letzten Jahren viel Raum für Inhalte gelassen wurde, die in Verschwörungsmythen abdriften. Auf diese Weise konnten sich solche Inhalte ohne Gegenrede verbreiten. Es ist daher unglaublich wichtig, hinzuschauen, wenn derartige Narrative aufpoppen“, sagt Gremel. Das bedeutet auch, sich klar zu positionieren. Und zwar gegen Erzählungen, die die Gesundheit aller in einer Gesellschaft lebenden Menschen gefährden können, gegen antisemitische und rassistische Mythen und letztlich gegen Verschwörungserzählungen, die demokratische Werte bedrohen.

www.beratungsstelleextremismus.at



Fake Facts.

Wie Verschwörungstheorien unser Denken bestimmen

Katharina Nocun,

Pia Lamberty

Quadriga Verlag,

Berlin 2020

WELT

SAUDI-ARABIEN

Frauenrechtlerin Loujain al-Hathloul ist frei

Sie hatte sich für Frauenrechte eingesetzt, u.a. für das Recht, Auto zu fahren und gegen die Rechtspraxis, dass Männer der Vormund ihrer Frauen sind. Sie wurde als „ausländische Spionin“ diffamiert und 2018 vom saudi-arabischen Sicherheitsdienst entführt und inhaftiert. Ein Sondergericht verurteilte Loujain al-Hathloul schließlich zu fast sechs Jahren Gefängnis. Mit ihr ließ der „Re-

former“ Prinz Mohammed bin-Salman auch Professorinnen, Bloggerinnen und Menschenrechtsaktivistinnen verhaften. Nach internationalem Druck entließ man Hathloul im Februar 2021 und begleite sie mit einem fünfjährigen Ausreiseverbot. Für ihren Mut wurde Hathloul bereits zwei Mal für den Friedensnobelpreis nominiert. Ihre Mitstreiterinnen befinden sich weiter in Haft.



Loujain al-Hathloul

VEREINIGTE STAATEN

Albert Woodfox: 45 Jahre unschuldig in Einzelhaft

Der Afro-Amerikaner Albert Woodfox saß 45 Jahre unschuldig im Gefängnis. Davon verbrachte er unglaubliche 44 Jahre in Isolationshaft in einer Betonzelle, die zwei Meter breit und drei Meter lang ist. Im Februar feierte Woodfox seinen 74. Geburtstag und den fünften Jahrestag seiner Freilassung. Woodfox war einer der „Angola Three“, die im berühmten Hochsicherheitsgefäng-

nis im Bundesstaat Louisiana Jahrzehnte lang - trotz zahlreicher Proteste gegen diese menschenrechtswidrige Praxis - in Einzelhaft lebten. Die schwere mentale Belastung führte zu Angstzuständen, die Woodfox auch heute noch begleiten. Auf die Frage, wie er solange Zeit in Isolation überstehen konnte, sagt er, er habe sich immer wieder eine Liste der Dinge gemacht, die er einmal in Freiheit

erledigen möchte: Abendessen mit seiner Familie, Auto fahren, einkaufen gehen, das Grab seiner Mutter besuchen. Heute hat Woodfox eine enge Beziehung zu seinen Kindern aufgebaut. Als Jugendlicher eingesperrt und als alter Mann entlassen, muss Woodfox nun mit seinem Leben in Freiheit zurechtkommen. Die Praxis der Einzelhaft betreiben die USA weiter.

China: Schauprozess gegen Bloggerin

Sieben Monate lang war die Bloggerin und ehemalige Anwältin Zhang Zhan „verschwunden“. Ende Dezember wurde sie zu vier Jahren Haft verurteilt, weil sie aus Wuhan über Corona berichtet hatte. Wie lassen sich die intensiven Handelsbeziehungen Europas mit einem Land vereinbaren, in dem Repression und rigide Kontrolle der Bürger*innen herrscht?

Ungarn: Schlag gegen Pressefreiheit

Nun wurde einem der wenigen verbliebenen oppositionellen Medien in Ungarn die Lizenz entzogen: „Klubradio“ darf fortan nur noch im Internet „senden“. Andras Arato von Klubradio sagt dazu, der Medienrat trifft diese Entscheidungen nicht unabhängig, er führt Befehle aus. Die Frage ist, welche Haltung Brüssel zu Orbans Medienlandschaft einnimmt.

Widerstand in Weissrussland geht weiter

Vermummte Sicherheitsleute von Machthaber Lukaschenko wollten Maria Kolesnikowa, eine der führenden Stimmen der Opposition, über die Grenze abschieben. Doch sie zerriss ihren Pass und ließ sich lieber verhaften. Ende Dezember 2020 richtete sie über ihre Anwälte aus: „Ich bin voller Energie, Kraft und Optimismus. Ich weiß, dass alles gut wird.“



Ungebrochen: Maria Kolesnikowa

SOLIDARITÄT

Benefiz-Kunstauktion

Trotz der Coronakrise unterstützen erneut rund 100 Künstler*innen die 21. Benefizauktion zeitgenössischer Kunst von SOS Mitmensch. Wir sagen Danke!



Letizia Werth © Privat



Richard Kriesche © Privat



Astrid Esslinger © Ursula Hentschlaeger

Letizia Werth

Frei nach Vogel Strauß, gäbe es die Möglichkeit, unsere Köpfe einfach in die nächstbeste Sandkiste zu stecken und zu glauben niemand sieht uns, denn wir sind ja gar nicht da. Oder wir könnten unsere Haustüren abschließen und glauben, dass die Probleme unserer Zeit vor unseren Holztüren gelöst werden. Solche oder ähnlich kurzsichtige Strategien sind leider sehr populär, aber ich frage mich: ist das die Welt, in der wir leben möchten? Es erfordert Mut und Weitsicht, von Krieg, Flucht und Menschenhandel zu sprechen und den Notleidenden in die Augen zu schauen. Die Entscheidung, nicht nur zuzuschauen, sondern Menschen in Not zu helfen, sollte von uns allen getragen werden. Die Menschenrechtskonvention ist ein guter Leitfaden dafür. Das geschriebene Worte allein reicht nicht immer, denn wir brauchen aufmerksame Menschen, die Verantwortung übernehmen und ihre Stimme erheben für die Bedürftigen, die so gerne vergessen werden. Für die vielen Weckrufe und den unermüdlichen Einsatz möchte ich mich bei SOS Mitmensch mit meiner Spende bedanken.

www.letiziawerth.com

Richard Kriesche

sos mitmensch ist zu danken: zum einen, dass sie sich neben anderen organisationen als plattform für in not geratene menschen engagiert, deren lebensverhältnisse zu verbessern versucht. von ähnlichen initiativen unterscheidet sich sos mitmensch in einem wesentlichen punkt: die exklusion jener menschen, die in eine soziale schiefelage gelangt sind, wird nicht nur als soziales, nicht nur als individuelles problem gesehen, sondern als ein fundamental kulturelles und gesellschaftliches wahrgenommen.

dem zufolge macht sos mitmensch in präsentationen, katalogen und auktionen aktueller, herausfordernder kunst unsere soziale, kulturelle und gesamtgesellschaftliche verfasstheit öffentlich. sos mitmensch erinnert uns mit kunst daran, was uns heute corona auf eindringliche weise lehrt: „hilfst du mir – hilfst du dir“.

dabei sollten wir uns aber als künstlerInnen nicht zu wichtig nehmen, wenn wir uns mit der schenkung eines kunstwerks zu einem altruistischen solidaritätsbeitrag nota bene öffentlich zu unserer hilfeleistung bekennen. wir sollten sos mitmensch dafür danken, dass sie sich uns

künstlerinnen als „plattform der wirklichkeit“ für kunst im sozialen und prekären kontext zur verfügung stellt.

Astrid Esslinger

Dass die Welt den Atem anhält, war erstmal ein faszinierender Schock, der kurz auch Hoffnung auf ein Umdenken weckte. Noch gibt es jedoch kaum Ansätze, den destruktiven Kurs der globalisierten Wirtschaft gegen Mensch und Natur zu korrigieren. Vielmehr unterstützt die Coronakrise die großen Player, und Staaten reagieren zunehmend autoritär, wie an Orban, auf Lesbos u.v.m. sichtbar wird. Die Menschenrechte bilden die Basis der Demokratie. Darum: Danke an SOS Mitmensch!

esslinger.servus.at

Hannes Priesch

Meine Ausstellung in Graz im Herbst 2020 fühlte sich zeitlich situiert wie zwischen zwei Lockdowns an. Die Eröffnung war gut besucht, danach ging es nicht so recht weiter. Einige Sammler sagten wegen Corona ab, die Ausstellung war ein finanzieller Verlust. Aber der ist verkraftbar. Ich lebe am Land und arbeite derzeit an einem Buchprojekt. Das ist zwar schwie-



Hannes Priesch in REM-Tracht
© Privat



Soshana mit Amos Schüller © Privat



Michael Michlmayr © Armin Bardel



Enrique Fuentes © Privat

rig für unser Dreierteam, aber Eltern und Kinder im home office und home schooling haben es ungleich schwerer. Ganz zu schweigen von Menschen, die ohne Job und Perspektive mit nur minimaler Kommunikation sind. So suchen manche in Verschwörungstheorien ihr vermeintliches Heil. Dabei sehen sie nicht, wie sie von rechtsradikalen (Hass) Gruppierungen instrumentalisiert werden. Ich hoffe naiv, dass dieses Virus mit Corona verschwindet. Es bedeutet aber auch, wir müssen mehr Solidarität generieren, damit Menschen nicht vom demokratischen Konsens abdriften.

Die Ziele von SOS Mitmensch kann ich uneingeschränkt unterstützen. Gerechtigkeit, Menschenrechte und Demokratie sind Werte, die uns alle betreffen. Nichts ist selbstverständlich und wenn man bei wichtigen Themen wegschaut, wird jemand es in seinem/ihrer Sinn lösen, möglicherweise aber nicht in unserem. Das Überparteiliche von SOS Mitmensch muss gestärkt werden – auch finanziell. Ohne Non-Profit Organisationen wie SOS Mitmensch, die die Augen offen halten, sich für die Schwächeren einsetzen und Stopp! schreien, wenn es notwendig ist, würde weltweit noch weit mehr Ungerechtigkeit und Hoffnungslosigkeit produziert werden. Solidarität dagegen verbindet, überbrückt und stärkt im besten Fall die Würde benachteiligter Menschen!

www.hannespriesch.com

Amos Schüller spendet seit vielen Jahren eine Arbeit seiner 2015 verstorbenen Mutter **SOSHANA**. Obwohl das keine einfachen Zeiten für uns alle sind, ist mir bewusst, wie privi-

legiert ich bin, nicht in einer Notlage zu sein und meine Familie ab und zu sehen zu können. Man muss bedenken, wie viele Menschen wirklich darunter leiden, arbeitslos sind oder kein Zuhause haben und nicht wissen, wie sie den nächsten Monat bestreiten sollen.

Ich war schon bei der allerersten SOS Mitmensch-Demo am Heldenplatz gegen die erste schwarz-blaue Regierung dabei und mir liegen die Ziele der Organisation sehr am Herzen. Vor allem in schwierigen Zeiten wie diesen ist es besonders wichtig, dass wir auf unsere Mitmenschen schauen und Solidarität zeigen.

www.soshana.net

Michael Michlmayr

Das Jahr 2020 war, wie für uns alle, ein sehr spezielles Jahr für mich. Anfänglich fand ich den plötzlichen „Slow down“ mit seinen Reduzierungen und Entbehrungen befreiend. „Selbst“-Beschränkungen, leiser treten – eine Ausrichtung nach Innen stand im Fokus. Nach fast einem Jahr ist natürlich ein gewisser Hunger nach direkter Kommunikation da, sich wieder nach Außen zu richten. Im Vergleich zu vielen Menschen, die aufgrund unterschiedlichster Gründe, sei es Hunger, Krieg oder der Verlust von Ressourcen, auf der Flucht sind, bin ich als Westeuropäer, speziell in der Situation dieser Pandemie, trotzdem auf die Butterseite gefallen. Ich muss nicht, wie viele Asylsuchende, in ständiger Ausgrenzung, Angst und Entbehrung leben oder um einen Schlafplatz kämpfen. Umso mehr ist es von größter Wichtigkeit, der momentanen Kälte des gesellschaftlichen

Mainstreams etwas entgegen zu setzen. Deshalb finde ich die Arbeit von SOS Mitmensch extrem wichtig, wie das Einfordern von Menschenrechten und eine Stimme für die Schwächsten zu sein, dem Populismus entgegenzutreten. Ich bin froh, dass ich als Künstler mit der Kunstauktion die Möglichkeit habe SOS Mitmensch mit einem kleinen solidarischen Beitrag zu unterstützen.

www.michaelmichlmayr.at

Enrique Fuentes

Ein übergeordnetes Wahrnehmen und eine globale Sicht auf das Zeitgeschehen sind in mir als Künstler verankert und fließen immer in meine Werke ein. Diese Zeit ist für mich eine besonders interessante Zeit, da dieses momentane Geschehen nun uns alle betrifft. Ein großes Anliegen ist es mir, meinen Beitrag für SOS Mitmensch mit diesen mir gegebenen Möglichkeiten zu leisten, um jemandem dadurch eine Freude bereiten zu können, da ich mir seit meiner Kindheit vorgenommen habe, dass ich für soziale Gerechtigkeit auf-treten möchte.

www.artenriquefuentes.wixsite.com/enriquefuentes

21. BENEFIZ-KUNSTAUKTION zugunsten von SOS Mitmensch

Online: 12. – 27.5.2021

Kontakt und Katalogbestellung:

Katharina Hofmann-Sewera
katharina.hofmann-sewera@sosmitmensch.at

www.sosmitmensch.at
www.dorotheum.at

UNRECHT

Die Hölle auf Erden

Im Flüchtlingslager Kara Tepe leben tausende Menschen im Elend. Die vielen Appelle, das Camp zu evakuieren, werden ignoriert. Über ein Menschenrechtsverbrechen auf europäischem Boden und eine europäische Politik, die es duldet.

TEXT: ANNA JANDRISEVITS



Während der Wind durch die undichten Zelte peitscht, überflutet der Regen das gesamte Gelände und lässt alles im Schlamm versinken.

„Es ist dreckig, es ist nass und es ist kalt.“, sagt Doro Blancke, wenn sie Kara Tepe beschreibt. Es sind Adjektive, unter denen man in Österreich etwas anderes versteht. Wenn es hier dreckig, nass und kalt ist, nutzen wir einen Regenschirm, drehen die Heizung auf oder ziehen warme Kleidung an. Es ist jenes menschengerechte Handeln, das den Menschen auf Lesbos verwehrt bleibt. In Kara Tepe leben knapp 7.500 Geflüchtete unter katastrophalen, lebensgefährlichen Zuständen. Sie sind aus Afghanistan, Syrien und anderen Ländern geflohen, weil ihnen jeder andere Ort sicherer erschien, als die eigene Heimat. Nun werden sie in einem Lager festgehalten, in dem es an Allem mangelt: an Nahrung, Hygiene, Wärme und Platz. Vor allem mangelt es jedoch an Menschenwürde. Denn Kara Tepe ist men-

schenunwürdig, sodass selbst Kinder ihren Lebenswillen verlieren.

Als Doro Blancke im September nach Lesbos kam, war von Moria nur mehr Schutt und Asche übrig. Die Hoffnung auf ein Ende des Elends erfüllte sich nach dem Brand nicht, auch vor dem

**Kara Tepe wurde
zum zweiten Moria.
Die Europäische Union
verschließt die Augen.**

neuen Lager verschließt die Europäische Union die Augen. Kara Tepe wurde zum zweiten Moria und der Aufenthalt von Blancke zu einer Mission. Seit sechs Jahren ist die Menschenrechtsaktivistin in der Flüchtlingshilfe tätig, im neuen Verein „Flüchtlingshilfe Doro Blancke“ leistet sie neben anderen Hilfsorganisationen unverzichtbare Arbeit in Kara Tepe.

Die Pandemie ist hier nur eine von vielen Bedrohungen, momentan ist kein Corona-Fall im Camp bekannt. Der Standort an der Küste macht das Lager zu einem der windigsten Punkte der Insel. Während der Wind durch die undichten Zelte peitscht, überflutet der Regen das gesamte Gelände und lässt alles im Schlamm versinken. Es sind vor allem Lungen- und Hautkrankheiten, die die Menschen durch die Kälte und die schlechten Hygienebedingungen entwickeln. Für rund 7.500 Bewohner*innen gibt es 50 Warmwasserduschen. In den restlichen, mit Planen verspannten Duschen hängen Kübel mit kaltem Wasser, die man sich über den Kopf leert. An einem Ort, an dem es in der Nacht oft Minusgrade hat. „Dabei haben alle gewusst, dass der Winter und die Kälte kommen. Die Vorbereitungen laufen angeblich auf Hochtouren, aber davon



Frauen und Kinder hören mittags auf zu Trinken, damit sie nachts nicht auf die Toilette müssen.

haben wir nichts“, erzählt Blancke. „Die Leute frieren jetzt.“

Gebrochene Kinder

Hunger ist in Kara Tepe ein ständiger Begleiter. Einmal am Tag liefert ein Caterer eine tiefgefrorene Mahlzeit, die im aufgetauten, kalten Zustand verteilt wird. Teilweise wird berichtet, dass das Essen verschimmelt ist. Die NGOs verteilen zusätzlich Mahlzeiten an die Bewohner*innen, wie ein tägliches Frühstück. Es gibt weder eine funktionierende Wasserleitung noch sichere Kochmöglichkeiten im Lager. Der Strom wird durch Generatoren erzeugt. Nach Unwettern hängen Stromleitungen teilweise im Wasser und es kommt zu Kurzschlüssen. „Man kann vielleicht mal einen Wasserkocher anschließen, aber es bricht immer wieder zusammen“, schildert Christoph Riedl von

der Diakonie Österreich. Der Experte für Menschenrechte, Asyl und Migration war zuletzt im Dezember auf Lesbos. Grundsätzlich sei Kara Tepe sicherer als Moria, das ehemalige Militärgelände habe mehr Struktur und starke Polizeipräsenz. Von Sicherheit, wie man sie auf

Im vergangenen Jahr behandelte „Ärzte ohne Grenzen“ 49 Kinder wegen Suizidgedanken und -versuchen auf Lesbos.

europäischem Boden kennt, könne aber keine Rede sein. „Auch wenn es besser ist als vorher, war es vorher schon die absolute Katastrophe“, sagt Riedl. Drei Viertel der Menschen im Lager sind Familien. Ab Einbruch der Dunkelheit bleiben die meisten in ihren Zelten. Frauen und Kinder hören mittags auf zu Trinken, damit sie nachts nicht

auf die Toilette müssen. Angstzustände sind nur eine von vielen Krankheitszeichen, vor allem psychosomatische Beschwerden wie Kopfschmerzen, Schlafstörungen und Depressionen treten häufig auf. Erschreckend viele Geflüchtete sind suizidgefährdet, unter ihnen auch Kinder. Im vergangenen Jahr behandelte die Hilfsorganisation „Ärzte ohne Grenzen“ 49 Kinder wegen Suizidgedanken und Suizidversuchen auf Lesbos. Immer wieder kam es in den letzten Jahren zu Kinderselbstmorden, die meisten leiden unter schweren Traumata. „Ich möchte fast sagen, sie sind desillusioniert“, schildert Blancke die Situation. „In meiner Anfangszeit sind uns Kinder fröhlich entgegengegrannt, das ist nicht mehr so.“ Die Kinder spüren die Verzweiflung ihrer Eltern und ziehen sich völlig zurück. Viele liegen apathisch in ihren Zelten, hören auf zu



In einer medienwirksamen Aktion ließ Innenminister Nehammer 55 Tonnen Hilfsgüter nach Griechenland schicken. Laut NGOs kam fast nichts davon in Kara Tepe an.

reden, wollen nicht mehr spielen, wollen nicht mehr leben. Die meisten Kinder haben den Brand von Moria nicht verarbeitet, werden von Albträumen geplagt und schlafwandeln. In der Nacht rennen sie panisch zum Wasser und laufen Gefahr, ins Meer zu stürzen, weil sie Flashbacks haben und glauben, es brennt. „Sie sind nervlich total überlastet“, erzählt Blancke. „Wenn ein Kind zu weinen beginnt, schreien zwanzig weitere.“

Politisches Versagen

Indes wollen die griechischen Behörden verhindern, dass irgendjemand von Kara Tepe erfährt oder darüber berichtet. Den Bewohner*innen wird das Filmen und Fotografieren untersagt, der Zugang für Journalist*innen ist verboten. Schon im Dezember wurde eine österreichische Recherchegruppe daran gehindert, das Lager zu betreten. Die Menschenrechtsorganisation „Reporter ohne Grenzen“ kritisiert die Informationssperre scharf. „Es ist demokratiepolitisch sehr gefährlich, wenn Dinge ausgeblendet werden, die nicht erwünscht sind. Den Menschen muss es möglich sein, die Dinge selbst zu beurteilen“, sagt Rubina Möhring, die Präsidentin von RSF Österreich. „Solange man nichts weiß, nichts sieht, nichts hört, kann man auch nichts verurteilen.“

Seit Jahren appellieren NGOs für eine Evakuierung der griechischen Flüchtlingslager, seit Jahren passiert nichts. Trotz der Zustände in Kara Tepe lehnt

die türkis-grüne Regierung die Aufnahme von Geflüchteten ab, man setzt auf Hilfe vor Ort. In einer medienwirksamen Aktion ließ Österreichs Innenminister Karl Nehammer 55 Tonnen Hilfsgüter nach Griechenland schicken. Laut NGOs kam fast nichts davon in Kara Tepe an. „Von den 400 Zelten, die versprochen wurden, wurden 25 aufgestellt. Die 181 Container stehen in einem Abschiebelager an der bulgarischen Grenze“, berichtet Riedl. Für die Geflüchteten wurden sie bis heute nicht als trockene

Es gibt viele in Österreich, die Verantwortung übernehmen wollen und sich gegen die Regierungshaltung stellen.

Behausungen auf der Insel eingesetzt. Das geht aus einer parlamentarischen Anfrage der Neos an Nehammer hervor. Die Zeltheizungen mit 3.000 Watt sind hingegen für das dürftige Stromnetz unbrauchbar. „Wenn man nicht mal Glühbirnen anschließen kann, kann man auch keine Elektroheizungen anschließen.“ Auch die vor Weihnachten versprochene Tagesbetreuungsstätte für Kinder wurde noch nicht aufgebaut. Es ist unklar, wann das Projekt von SOS Kinderdorf starten kann. Selbst wenn, wäre die Betreuung eher Symbolpolitik als tatsächliche Hilfe, findet Riedl: „Es ist fast zynisch, Kinder tagsüber in einem beheizten Container zu betreuen und sie am Abend wieder in ihr nasses Zelt zurückzuschicken.“

Starker Gegenwind

Es gibt keine Alternative zur Evakuierung und Unterbringung der Menschen in anderen Ländern und Unterkünften, da sind sich Hilfsorganisationen einig. Die Lager auf Lesbos stellen einen klaren Bruch der Europäischen Menschenrechtskonvention dar. Die griechische Regierung trägt aber nicht allein Schuld. „Es fehlt jede europäische Solidarität, und es ist absurd anzunehmen, dass Griechenland im Alleingang für alle Flüchtlinge verantwortlich sein soll“, meint Riedl. „Warum auch? Warum sollen Länder wie Österreich nicht einen Teil der gemeinsamen Verantwortung übernehmen?“ Tatsächlich gibt es viele in Österreich, die Verantwortung übernehmen wollen und sich gegen die Regierungshaltung stellen. Die Forderungen zur Aufnahme von Geflüchteten reichen von Prominenten über Bischöfe bis hin zu Pfadfindern. Bündnisse, Vereine und ganze Gemeinden bieten ihre Hilfe an und stellen klar: es gibt Platz. Die Initiative „Courage“ hat über 3.000 sichere Unterkünfte in Österreich ausfindig gemacht, die für Geflüchtete bereit ständen. Auch Doro Blancke ist überzeugt, dass die Mehrheitsgesellschaft in Österreich helfen will und appelliert an Bundeskanzler Kurz, 100 Familien aus Lesbos aufzunehmen. „Ich bin Europäerin, ich bin Österreicherin. Was die Regierung entscheidet, involviert mich“, so Blancke. „Und ich möchte nicht in ein Menschenrechtsverbrechen involviert werden.“

INTERVIEW

Wir sollten Doppelstaatsbürgerschaften erleichtern

Christoph Wiederkehr, Wiener Bildungsstadtrat der NEOS, über die Vorteile eines Ethikunterrichts, seinen Austausch mit Melisa Erkurat über Diskriminierung, die Förderung von Zweisprachigkeit und zu hohe Hürden bei der Staatsbürgerschaft.

INTERVIEW: ALEXANDER POLLAK, GUNNAR LANDSGESELL
FOTOS: MAGDALENA BLASZCZUK

Wie würden Sie sich selbst beschreiben, sind Sie ehrgeizig?

Ja schon, das war ich schon in der Schule, auch beim Sport. Ich wollte immer etwas bewegen und schaffen, und habe gelernt, dass man mit Ehrgeiz und Einsatz seine Ideale am besten voranbringen kann.

Was ist das ehrgeizigste Ziel, das Sie sich für die kommende Legislaturperiode gesteckt haben?

Dass Aufstieg und Bildungsaufstieg unabhängig von der Herkunft möglich sein muss. Das ist ein sehr langfristiges und hehres Ziel, das sicher nicht in einer Periode zu realisieren sein wird. Aber mein Beitrag als Bildungsstadtrat wird sein, einige Schritte näher in Richtung Bildungsgerechtigkeit zu kommen. Das Recht auf ein selbstbestimmtes Leben sollte für jedes Kind in dieser Stadt gelten.

Das Ziel deckt sich ein bisschen mit dem Buch „Generation haram“ von Melisa Erkurat. Haben Sie das Buch gelesen?

Ja, ich habe es mit großem Interesse gelesen und bekomme jetzt noch eine Gänsehaut, weil es so eindrücklich ist.



Christoph Wiederkehr (NEOS), geboren 1990 in Salzburg, studierte in Wien Jus und Politikwissenschaft. Er ist seit November 2020 Vize-Bürgermeister von Wien und Stadtrat für Bildung, Jugend, Integration und Transparenz. Damit ist er u.a. zuständig für Kindergärten und Schulen, für Einwanderung und Staatsbürgerschaft.



„Man weiß mittlerweile, dass sich Diskriminierungserfahrungen auf den Bildungserfolg auswirken.“
Christoph Wiederkehr

Beschrieben werden auch Diskriminierungserfahrungen einzelner Kinder und Jugendlicher, die sich im Bildungssystem nicht angenommen fühlen. Ich hatte Melisa Erkurt kontaktiert, um mich während der Koalitionsverhandlungen mit ihr auszutauschen, und habe versucht, die wichtigsten Punkte in die Verhandlungen einzubringen.

Was konkret wollen Sie nun gegen Rassismus und Diskriminierung an Schulen tun?

Es geht eher um eine generelle Sensibilisierung im Schulsystem, weil man mittlerweile in der Sprach- und Bildungswissenschaft weiß, dass sich Diskriminierungserfahrungen ganz gravierend auf den Bildungserfolg auswirken. Und auch dafür, wie man Schule erlebt. Durch Diskriminierung wird die Schule zum negativen Ort. Man muss es schaffen, über die Lehrer*innenausbildung, auch kulturelle Sensibilität stärker zu verankern. Um auch innerhalb der Schülerschaft stärkeres Verständnis zu erwirken, bin ich ein Anhänger eines verpflichtenden Ethikunterrichts für alle – weil genau im Ethikunterricht solche Diskriminierungserfahrungen thematisiert werden können. Dort können sich alle, und zwar unabhängig von Religion

oder Herkunft, gemeinsam über Wertvorstellungen verständigen. Ich kann das zwar in Wien nicht umsetzen, aber ich möchte zumindest antirassistische und Antidiskriminierungsarbeit an den Schulen verstärken. Unter anderem auch mit dem Verein Zara.

Ein weiterer Kritikpunkt von Erkurt ist, dass das Schulsystem generell auf Kinder ausgerichtet ist, die ohnehin vom Elternhaus unterstützt werden

„Ich sehe in Mehrsprachigkeit eine große Chance. Deshalb haben wir ein großes Sprachförderpaket auf den Weg gebracht.“

und weniger auf jene mit nicht so guten Startbedingungen. Bei der Vergabe von Kindergartenplätzen ist es derzeit so, dass sie an den Bedürfnissen erwerbstätiger Eltern ausgerichtet sind und nicht an den Bedürfnissen von Kindern mit mehr Förderungsbedarf. Ist eine Änderung geplant?

Ich unterstreiche die Analyse von Erkurt, dass Bildungschancen im österreichischen Schulsystem ungleich verteilt sind. Das hat sehr stark mit der frühen Selektion zu tun, aber Bildungssegregation beginnt natürlich bereits im

Kindergarten. Da müssen wir ansetzen, wir müssen etwa in eine Sprachförderung im Kindergarten investieren. Zur Frage, wer welche Bildungsplätze bekommt: Hier fungiert vor allem die Ganztagschule als wertvolle Institution für gelungene Bildungs- und Integrationsarbeit. Wir wollen stärker darauf schauen, wer sie braucht. Im Rahmen der Schülerallokation wollen wir stärker den sozioökonomischen Background einbeziehen. Der Bildungshintergrund der Eltern soll dabei das wichtigste Kriterium für so einen Sozialindex sein. Zusätzlich wollen wir die ganztägigen Schulen ausbauen. Derzeit haben wir 70 Standorte, pro Jahr sollen zehn dazukommen.

Wie stehen Sie zur Mehrsprachigkeit, die derzeit eher als Defizit verstanden wird. Was planen Sie?

Ich möchte grundsätzlich eine Veränderung in der Diskussion erwirken, weil Mehrsprachigkeit eine große Chance ist, dafür muss man aber auch investieren. Das Schlimmste wäre, ein Kind spricht zwei Sprachen, aber keine gut. Wir haben bei der Regierungsklausur ein großes Sprachförderpaket auf den Weg gebracht und wollen die Sprachförderkräfte im Kindergarten von 300 auf 500 erhöhen. Das betrifft die deutsche aber auch die Muttersprache. Auch die Muttersprache kann für den weiteren Bildungserwerb wichtig sein.

Ein sehr emotionales Thema ist die Abschiebung von Kindern, die hier geboren und aufgewachsen sind. Im Fall von Tina haben Sie sich mit Schülerinnen getroffen, die dagegen demonstrieren. Was können Sie tun, um Kinder und Jugendliche zu schützen? Ich kann meine Stimme erheben. Ich habe auf Landesebene leider keine politische Kompetenz, Abschiebungen zu verhindern. Ich kann aber politisch aufzeigen, dass es moralisch abzulehnen und unmenschlich ist, Kinder, die in Österreich aufgewachsen sind und hier zur Schule gehen, in ein Land ab-



Fall Tina: „Es ist zynisch, dass sich der Innenminister auf eine rein rechtliche Beurteilung ausredet.“

zuschieben, das sie kaum kennen. Die Spitze des Eisberges war die zwölfjährige Schülerin Tina. Ich war im Austausch mit der Schulgemeinschaft, die sich für sie eingesetzt hat. Der Innenminister hätte auf jeden Fall die Möglichkeit gehabt, ein humanitäres Bleiberecht zu geben – und er hätte die moralische Verpflichtung dazu gehabt. Es ist zynisch, dass er sich auf eine rein rechtliche Beurteilung ausredet. Es war seine bewusste Entscheidung, das so durchzuführen.

Ein möglicher Schutz wäre die Staatsbürgerschaft gewesen. Tina wurde in Österreich geboren und hat zehn

Jahre in Österreich verbracht. Wären Sie dafür, dass hier geborene Kinder ein bedingungsloses Recht auf die österreichische Staatsbürgerschaft erhalten?

Das wäre eine komplette Abkehr vom System des Staatsbürgerschaftsrechts in Österreich. Wofür ich mich einsetze, ist die Möglichkeit, Doppelstaatsbürgerschaften zu erleichtern. Klar ist, es gibt das Kindesrecht, das auch in der Kinderrechtskonvention geschützt ist, das muss beachtet werden. Das ist im Fall von Tina zu wenig passiert. Wofür ich mich politisch stark gemacht habe, war, beim humanitären Bleiberecht wie-

der die Perspektive der Gemeinden einzubinden. Sie sind näher an den Fällen und können das besser beurteilen.

Bei der Staatsbürgerschaft haben Sie recht vorsichtig formuliert. Nehmen wir das deutsche Modell: Wenn ein Elternteil bereits acht Jahre im Land ist und das Kind in Deutschland auf die Welt kommt, erhält es automatisch die deutsche Staatsbürgerschaft. Im Alter von 18 Jahren kann es sich für die eine oder andere Staatsbürgerschaft entscheiden. Ein Modell auch für Österreich?

Darüber kann man sicherlich diskutieren, wir brauchen auf jeden Fall einen gesellschaftlichen Diskurs über das Thema Staatsbürgerschaft. Auch über die Frage, wie hoch die Schwellen sind, um die Staatsbürgerschaft anzunehmen. Ich selbst habe darauf ehrlich gesagt auch noch nicht die einzige richtige Antwort. Klar ist, dass wir die finanziellen Hürden für die Annahme der Staatsbürgerschaft senken müssen. Für eine Familie mit zwei Kindern kostet das Verfahren 3.000 Euro, manchmal mehr. Das ist zu viel.

Fürchten Sie, dass Sie das Stimmen von Rechts kosten könnte?

Da bin ich sehr gelassen. Ich finde die öffentliche Diskussion zum Thema Vielfalt und offene Gesellschaft muss man als Liberaler offensiv führen. Ich glaube, dass man viele überzeugen kann, dass ein positiver Zugang zur Staatsbürgerschaft der richtige ist. Es stimmt aber, immer wenn ich das Thema Staatsbürgerschaft anspreche, werde ich gewarnt, dass das ein politisches Minenfeld ist. Genau deshalb ist es so wichtig, das zu thematisieren. Immer weniger Leute, die zu uns ziehen, nehmen die österreichische Staatsbürgerschaft an, wir haben mittlerweile ein echtes Demokratiedefizit. Ich finde es aber sehr schön, wenn Menschen die Staatsbürgerschaft annehmen und werde deshalb sehr laut und selbstbewusst einfordern, dass wir diese Möglichkeit schaffen.

DEUTSCHKLASSEN

Wenn die Sprache trennen soll

Seit zwei Jahren werden Kinder mit nicht ausreichenden Deutschkenntnissen in getrennten Klassen unterrichtet. Betroffene berichten über Ausgrenzung, Lehrkräfte zeigen sich unzufrieden.

TEXT: MILENA ÖSTERREICHER



Frau B. ist überrascht. Zwei Wochen nach Schulstart im Herbst 2018 erfährt sie, dass ihr Sohn in eine Deutschförderklasse geht. Nachdem er im Frühjahr einen Test absolvierte, erhielt die Familie keine weiteren Informationen.

In jenem Schuljahr führte die damals türkis-blaue Bundesregierung Deutschförderklassen und -förderkurse ein. Sie lösten vorherige Sprachstartgruppen und Sprachförderkurse ab. Das Ziel: Kinder und Jugendliche, deren Deutschkenntnisse als nicht ausreichend betrachtet werden, in getrennten Klassen zu fördern.

Seitdem verbringen Kinder, deren Deutschkenntnisse beim sogenann-

ten MIKA-D-Test (Messinstrument zur Kompetenzanalyse Deutsch) als nicht ausreichend beurteilt werden, um dem Regelunterricht zu folgen, je nach Schulstufe 15 bis 20 Stunden in einer Deutschförderklasse. In Fächern wie

Separate Förderklassen: Expert*innen kritisieren den isolationistischen Ansatz.

Musik, Turnen und Zeichnen sind sie in ihrer altersentsprechenden Regelklasse. Nach spätestens vier Semestern müssen die Schüler*innen in eine reguläre Klasse wechseln, auch ohne den Test bestanden zu haben.

Viel Kritik

Von Beginn an waren die separaten Förderklassen umstritten. Expert*innen kritisierten den isolationistischen Ansatz, das Fehlen gleichaltriger Sprachvorbilder und die Vernachlässigung anderer Fächer wie Mathematik oder Englisch. Auch der MIKA-D-Test wird von Sprachexpert*innen kritisch betrachtet, viele Kinder mit Deutsch als Erstsprache würden ihn nicht bestehen. „Warum dürfen so junge Kinder sich nicht im Umfeld von deutschsprachigen Kindern nach und nach entwickeln?“, fragt Frau B. Seit bald drei Jahren lebt die Familie in Österreich. Frau B. kennt Wien gut, ihre Studienzeit verbrachte sie hier, sie spricht fließend Deutsch.



Warum dürfen so junge Kinder sich nicht im Umfeld von deutschsprachigen Kindern nach und nach entwickeln?, fragt eine Mutter.

Nachdem sich die politische Lage in der Türkei in den vergangenen Jahren mehr und mehr anspannte, und Frau B.s Mann einen Job in Österreich fand, zog die Familie mit ihren drei Kindern nach Wien.

Der Sohn besuchte ein Jahr den Kindergarten in der Bundeshauptstadt. Nächste Station: Deutschförderklasse in der Volksschule. Mit 19 weiteren Kindern verbrachte er hier den Großteil der Zeit. In der Stammklasse mit anderen deutschsprachigen Kindern fühlte er sich fremd.

Soziale Folgen

Es brauche mehr Forschung, vor allem zur Perspektive der Kinder, meint Ha-

nnes Schweiger, Assistenzprofessor für Deutsch als Fremd- und Zweitsprache an der Universität Wien. Er sieht Sprachförderung in der Schule grundsätzlich positiv. „Wir dürfen aber nicht nur das sprachliche Lernen messen, wichtig sind

Wir dürfen nicht nur das sprachliche Lernen messen, wichtig sind auch das fachliche Lernen und v. a. die sozialen Auswirkungen.

auch das fachliche Lernen und vor allem die sozialen Auswirkungen“, erklärt Schweiger.

Die sozialen und psychischen Auswirkungen kritisiert auch Ali Dönmez, Logopäde und Lehrer für Deutsch als

Zweit- und Fremdsprache. Durch die getrennten Klassen würden Kinder zu „den Anderen“ gemacht. Dönmez berichtet von Fällen, wo ein Kind an einer Deutschklasse vorbeigeht und hineinspuckt. Oder einer Eltern-WhatsApp-Gruppe, in der die Lehrerin schreibt, die Kindern sollen Prospekte zum Thema Obst mitbringen. Dies gelte für alle, außer den Kinder der Deutschförderklasse, deren Namen sie danach in Klammer auflistet.

Dönmez startete Mitte September 2020 die Online-Petition „Lasst Kinder gemeinsam lernen!“ Mehr als 11.000 Menschen haben mittlerweile unterschrieben. Davon stammen allein 2.300 Unterschriften von Lehrer*innen und Schulleiter*innen. „Es hat sich somit auch als gutes Mittel erwiesen, um kritische Stimmen im Bildungssystem zu bündeln, ohne dass jemand Angst vor Konsequenzen haben muss“, sagt der Initiator.

Das Ziel der Petition sei nicht, durch die Abschaffung der Deutschförderklassen zum vorigen Status Quo zurückzukehren. Der Logopäde fordert stattdessen: „Es braucht eine mehrjährige Verknüpfung von integrativer und additiver Sprachförderung, so dass Schüler*innen gemeinsam und voneinander lernen können und jene, die zusätzlich Sprachförderung brauchen, diese auch bekommen. Außerdem benötigen wir kleinere Gruppen, qualifizierte Sprachförderlehrkräfte und ein zweites verpflichtendes Kindergartenjahr“.

Die Petition habe sich auch als gute Informationsquelle erwiesen. „Ich war in Gesprächen überrascht, dass selbst Lehrpersonen oft nicht wussten, was Deutschförderklassen sind“, sagt Dönmez, „Am Anfang wurde mir vorgeworfen, ich verbreite Lügen, da Lehrkräfte meinten, bei ihnen würden keine Kinder aus der Klasse genommen wer-



Hannes Schweiger, Lehrer: plädiert für integrativen Unterricht.

den.“ Dabei braucht es acht Kinder für die Eröffnung einer separaten Deutschförderklasse. Bei weniger als acht Kindern findet die Deutschförderung in der Regelklasse im Ausmaß von sechs Stunden statt. Den sechsständigen Förderunterricht erhalten auch Schüler*innen, die den MIKA-D-Test mit „mangelhaften“ statt „ungenügenden“ Sprachkenntnissen abschließen.

Unzufrieden

In einer aktuellen Studie des Zentrums für Lehrer*innenbildung der Universität Wien spiegelt sich die Unzufriedenheit vieler Lehrkräfte. In einer Umfrage von 1.267 Lehrer*innen, die an Schulen mit Deutschförderklassen bzw. -förderung unterrichten, beurteilten mehr als die Hälfte das aktuelle Modell negativ oder eher negativ. Über 80 Prozent befürworten hingegen eine integrative Sprachförderung. Um diese in der Regelklasse umsetzen zu können, müssten allerdings laut Einschätzung der Befragten mindestens zwei Lehrpersonen eine Klasse mit höchstens 16 Schüler*innen unterrichten, von denen mehr als 60 Prozent Deutsch als Erstsprache sprechen.

Organisatorisch und pädagogisch stoßen Lehrer*innen immer wieder an ihre



Ali Donmez, Logopäde: initiierte Petition für integrative und additive Sprachförderung.

Grenzen bzw. die dieses Modells. In der Studie der Universität Wien wird eine Lehrkraft anonym zitiert, die kritisiert: „Es entsteht wenig Gemeinschaftsgefühl für die Kinder. Jene, die zuerst durch halb Europa flüchten mussten, werden dann ständig im Schulhaus herumgeschickt und haben mehr Stress als die anderen Kinder. Sie sollen Deutsch lernen,

Nur ein Drittel der Kinder schafft es nach einem Jahr Deutschförderklasse zurück in die Regelklasse.

nen, auf den MIKA-D-Test vorbereitet sein. Möglicherweise wechseln sie mit dem Semester in die Regelklasse, daher sollen sie auch den Stoff der Klasse (Schreiben, Lesen, Rechnen ...) lernen. Die Klasse ist nicht homogen, vom Vorschulkind bis zum Drittklässler sind alle Schulstufen in meiner Klasse vertreten, ich kann unmöglich auf alle eingehen mit diesem starren System.“

Laut Hannes Schweiger zeigt die internationale Forschung, dass integrative Maßnahmen, also das gemeinsame Lernen aller Schüler*innen, mit zusätzlichem Förderangebot besser funktionieren würde. Wichtig sei grundsätzlich eine kleine Gruppengröße und eine

entsprechende Qualifizierung der Lehrkräfte. Schweiger, der ebenfalls die Petition unterstützt, befürwortet außerdem mehr schulautonomen Spielraum: „Viele Schulen haben sich über Jahre Expertise erarbeitet und Strukturen aufgebaut. Das geht nun verloren, wenn ein Modell über alle darübergestülpt wird.“

Enttäuschung und Erfolg

Der Sohn von Frau B. verbrachte sein erstes Volksschuljahr in der Förderklasse. Er lernte darin bereits mit den Büchern der zweiten Klasse. Im Mai absolvierte seine Klasse den MIKA-D-Test. Im Juni, zwei Tage vor Schulende, erhielt er die Nachricht, dass seine Deutschkenntnisse immer noch ungenügend seien. Von 20 Kindern wurden nur zwei Kindern ausreichende Kenntnisse bescheinigt. Für die anderen gilt: zurück in die erste Klasse.

„Er hatte sich schon so auf die zweite Klasse gefreut, die Enttäuschung war riesig“, erzählt Frau B. Sie wurde aktiv, schrieb diverse Stellen an, ihr Sohn besuchte die Sommerschule. Mit Erfolg: Im darauffolgenden September durfte er den Test wiederholen und bestand. So erging es jedoch nicht allen. Der Statistik Austria zufolge konnte im Schuljahr 2018/2019 ein Drittel der Kinder nach einem Jahr Deutschförderklasse als ordentliche Schüler*innen in die Regelklasse gehen.

Ein Erfolg? Für Ali Dönmez nicht, denn im Umkehrschluss heißt das, dass zwei Drittel es nicht geschafft haben. Dönmez möchte die bisher gesammelten Unterschriften Bildungsminister Heinz Faßmann so bald als möglich symbolisch überreichen, ein Termin ist angefragt. Die Petition kann jedoch weiterhin unterschrieben werden und soll die öffentliche Aufmerksamkeit auf das Thema lenken. In der Zwischenzeit ist Frau B.'s Sohn aufgrund der Corona-Maßnahmen noch im Distance learning und freut sich auf den Moment, wenn er endlich in seine Klasse gehen darf.

POLITISCHER ISLAM

Imam Google

Immer wieder geistert der Begriff des „politischen Islams“ durch Diskussionen, wenn es um das Problem des Extremismus geht. Aber was genau ist darunter zu verstehen? Und welche Rolle spielt er bei der Radikalisierung von Jugendlichen? Die deutsche Islamwissenschaftlerin Katajun Amirpur sieht die Ursachen nicht in der Sozialisation in islamischen Gemeinden, sondern vielmehr in einem „religiösen Analphabetismus“, der Jugendliche für Extremisten im Internet und anderswo empfänglich macht.

KOMMENTAR: KATAJUN AMIRPUR

Die Diskussion über den politischen Islam hat seltsame Ausmaße angenommen. Dabei ist nichts gegen den Begriff an sich einzuwenden, wenn man ihn benutzt, um deutlich zu machen, dass nicht vom Islam im Sinne einer religiösen Orientierung die Rede ist, sondern als politischer Kraft. Merkwürdig ist nur, dass denen die sich für den politischen Islam einsetzen, automatisch unterstellt wird, sie hätten unlautere Absichten. In einer Demokratie muss es legitim sein, sich

Der politische Islam ist nicht gewaltbereit. Deshalb muss man viel genauer als bisher definieren, was man darunter versteht.

auf islamischer Grundlage politisch betätigen zu können. Solange die Gesetze eingehalten werden, muss man den Islam als Motivation, als Antriebskraft, als Quelle für das eigene Handeln in Anspruch nehmen dürfen.

Der politische Islam an sich ist nicht gewaltbereit. Deshalb muss man hier sehr viel genauer definieren als bisher, was man unter politischem Islam versteht, als das in Österreich zurzeit im Rahmen des Strafbestands politischer Islam ge-



In einer aufgeladenen Diskussion ist begriffliche Klarheit besonders wichtig.



„Die Einstellungen vieler Männer und Frauen nicht-muslimischen Glaubens in Bezug auf Emanzipation oder Homosexualität unterscheiden sich nicht von muslimischen.“ Katajun Amirpur

schiebt, den man einzuführen gedenkt. Wie die Islamwissenschaftlerin Gudrun Krämer richtig bemerkt: „Prinzipiell ist ja schon das Einbringen islamischer Argumente beispielsweise beim Umweltschutz oder bei der Waffenproliferation politisch.“ Sie hat Recht. Was sollte dagegen einzuwenden sein? Phänomene wie die „grüne Moschee“ und der sogenannte Öko-Dschihad – um hier einmal das Wort Dschihad in seinem ursprünglichen Sinne zu verwenden, der nämlich Anstrengung bedeutet – sind einer politischen Sinnmachung des Islams entsprungen. Man will Angelegenheiten des Gemeinwesens regeln, das ist die Definition von Politik. Und Kraft und Argumente schöpft man aus dem Islam. Um beim Beispiel Umweltschutz zu bleiben: Der Islam gebietet im übertragenen Sinne Umweltschutz und den Einsatz gegen den Klimawandel, denn es ist des Menschen Pflicht, Gottes Schöpfung zu ehren und zu bewahren. Deshalb setzt man sich für den Bau ei-

ner Solaranlage auf dem Dach der Moschee ein. Das ist ungefähr so zu verstehen im Sinne einer Motivation, wie sich das C in der CDU vermutlich für Angela Merkel versteht.

Aber um genau diese Trennschärfe zu vermitteln, bedarf es einer großen gesellschaftlichen Anstrengung, denn die

Die Jugendlichen, die sich vom „Islamischen Staat“ anwerben ließen, beherrschten nicht einmal das ABC des Islams.

Gefahr des islamischen Extremismus lässt sich nicht leugnen. Wie er entsteht oder entstanden ist, wäre eine Frage, die ich hier aber nicht beantworten kann. Mich beschäftigt hier eher, wie ihm begegnet werden kann.

„Islam für Dummies“

Es gibt sicherlich verschiedene Lösungsansätze, der vielversprechendste scheint mir die Schule. Es ist inzwischen

bekannt, dass die Jugendlichen, die sich vom sogenannten Islamischen Staat haben anwerben lassen, um in den Krieg in Syrien oder Irak zu ziehen, nicht mal das ABC des Islams beherrschten. Man hat anhand ihrer Amazon-Bestellungen nachvollziehen können, dass sie sich häufig islamische Einsteigerbücher bestellten, bevor sie loszogen, weil sie nicht einmal wussten, wie man betet. Das Taschenbuch „Islam für Dummies“ war hier besonders beliebt. Diese Jugendlichen waren eben gerade nicht in den islamischen Gemeinden sozialisiert, denen man heute oft den Vorwurf macht, sie würden Extremismus produzieren. Stattdessen orientierten sie sich an „Imam Google“. Damit meine ich: Man gebe zum Beispiel den Begriff „islamisches Recht“ bei Google ein. Dabei erhält man eine Reihe von Weblinks, die eine sehr unqualifizierte Erklärung des Begriffs liefern; sie führen zu einer extremistischen Deutung des islamischen Rechts. Ausgewogene, wissenschaftliche

ZUR PERSON

Katajun Amirpur

Katajun Amirpur, geboren in Köln, ist eine deutsch-iranische Islamwissenschaftlerin. Sie hatte mehrere Professuren inne, aktuell an der Universität zu Köln. Sie publiziert u.a. in der Süddeutschen Zeitung und in DIE ZEIT. Sie ist Teil des Herausgeberkreises der Blätter für deutsche und internationale Politik. Publikationen: Schirin Ebadi, Amsterdam, Sirene (2004); Schauplatz Iran. Herder (2004); Die Muslimisierung der Muslime. In: Hilal Sezgin (Hg.): Manifest der Vielen. Deutschland erfindet sich neu. Blumenbar (2011); Den Islam neu denken. Der Dschihad für Demokratie, Freiheit und Frauenrechte. C.H. Beck Verlag, München (2013); Der schiitische Islam, Reclam (2015)

Erklärungen findet man erst nach vielen Clicks. Die Extremisten haben die Oberhoheit über das Internet gewonnen – und damit insofern auch über die Schulen, weil die Schüler*innen sich leider hier informieren.

Die Oberhoheit zurückgewinnen

Daher mein Plädoyer: Diese Oberhoheit muss der Staat zurückgewinnen. Es braucht einen flächendeckenden islamischen Religionsunterricht, der dem religiösen Analphabetismus, dem ein Großteil unserer Probleme mit „dem Islam“ geschuldet ist, entgegenwirkt. Nur so kann man andere als extremistische Deutungen des Islams publik machen, unter das Volk bringen, so to speak. Das sind die Deutungen des Islams, die dem Mainstream deutlich mehr entsprechen als die radikalen Deutungen. Es sind hier noch nicht einmal die reformistischen Deutungen des Islams gemeint, die durchaus auch einen „queer Islam“ – um ein Beispiel zu nennen – ermöglichen (das Bestreben sich hierfür einzusetzen, entspringt im übrigen auch einem politischen Anspruch an den Islam, aber das nur in Klammern). Sondern es geht um die Basics. Und selbst bei sehr konservativen Muslimen, die ich in meiner Hamburger Zeit kennen-

gelernt habe, als ich sie in unserem Studiengang Islam und Dialog unterrichtet habe, ist mir keiner begegnet, der – um auch hier ein Beispiel zu nennen – Homosexuelle verteufelt hätte. Man stimmte zwar nicht mit reformistischen Deutungen des Islams überein, die einen queer Islam in den Koran hinein interpretieren. Aber sie sagten, als Imame, die sie waren, Gott hat die Menschen so geschaffen, wie sie denn nun mal sind. Und damit habe niemand das Recht, sie aus der Gemeinde auszuschließen, schon gar nicht sie als Imame. Was ich damit sagen will: Nicht einmal konservativer Islam ist so schlimm, wie er immer dargestellt wird. Er muss einem nicht in den Kram passen, tut er mir als Feministin auch nicht. Aber er

Die Extremisten haben die Oberhoheit über das Internet gewonnen - und damit über die Schulen.

ist nicht kriminell. Jedenfalls nicht per se. Und die Einstellungen vieler Männer und Frauen nicht-muslimischen Glaubens in Bezug auf Emanzipation oder – um beim Beispiel zu bleiben – Homosexualität unterscheiden sich nicht von muslimischen. Um damit auf das Gesagte zurückzukommen: Es wäre die erste Aufgabe der Politik, zu ermöglichen, dass junge Menschen diese Form von religiösem Analphabetismus überwinden, der sie zu den Fängern treibt.

*Ursprünglich hatte die Regierung eine „Forschungs- und Dokumentationsstelle für Antisemitismus, für den religiös motivierten politischen Extremismus (politischer Islam) und für den Rassismus im 21. Jahrhundert“ geplant. Am Ende ließ man den Rechtsextremismus weg und beschränkte sich auf den „politischen Islam“ und „Parallelgesellschaften“. Integrationsministerin Susanne Raab spricht von einem „Leuchtturmprojekt“. Kritiker*innen sehen das anders und warnen von der Gefahr religiöser Diskriminierung. (red)*

IMPRESSUM

MO REDAKTION:

c/o SOS Mitmensch, Zollergasse 15/2,
1070 Wien, T +43 1 524 99 00,
F +43 1 524 99 00-9,
redaktion@momagazin.at,
www.momagazin.at

REDAKTION:

Gunnar Landsgesell (Chefredakteur; gun),
Petja Dimitrova (Porträt-Illus), Alexander Pollak (apo),
Karin Wasner (Bilder), P.M. Hoffmann, Eva Vasari (Illustationen),
Clara Akinyosoye, Eva Maria Bachinger,
Philipp Sonderegger, Baruch Wolski

AUTORINNEN DIESER AUSGABE:

Clara Akinyosoye, Katajun Amirpur, Valentine Auer, Eva Maria Bachinger, Anna Jandrisevits, Nour Khelifi, Robert Misik, Milena Österreicher, Alexander Pollak, Martin Schenk, Philipp Sonderegger, Tertiarschwester Tirol

COVERBILD: P.M. Hoffmann

ARTDIREKTION: Mitko Javritchev

LAYOUT-KONZEPT: Theo Kammerhofer

DRUCK: Ferdinand Berger & Söhne GmbH, Wiener Straße 80, 3580 Horn

ANZEIGEN: Katharina Hofmann-Sewera

Katharina.Hofmann-Sewera@sosmitmensch.at,
Telefon: +43 1 524 99 00-16

ABOS: Irene Palmetshofer, abo@momagazin.at

Telefon: +43 1 524 99 00-18

VERTRIEB:

Beilage „Der Standard“; Straßenkolportage

AUFLAGE: 40.000

HERAUSGEBERIN:

SOS Mitmensch, Zollergasse 15/2, 1070 Wien,
T +43 1 524 99 00, F +43 1 524 99 00-9,
Mail: office@sosmitmensch.at
Web: www.sosmitmensch.at
ZVR: 22747570

OFFENLEGUNG gem. § 25 MedienG:

Medieninhaber (Verleger) und
Herausgeberin: SOS Mitmensch
Sitz: Wien
Geschäftsführung: Alexander Pollak,
Gerlinde Affenzeller;
Obmann: Max Koch
Grundlegende Richtung: gegen Diskriminierung,
für Menschenrechte, Demokratie
und Migration
ZVR: 22747570

SPENDEN:

IBAN: AT87 6000 0000 9100 0590
BIC: BAWAATWW
MO ist das Medium von SOS Mitmensch gegen
Rassismus und Diskriminierung, für Menschenrechte,
Demokratie und Migration. Der Nachdruck der Beiträge
ist bei Nennung der Quelle und Übersendung von
Belegexemplaren ausdrücklich erwünscht, wenn
das Copyright nicht ausgewiesen ist. Die Rechte der
Fotografien liegen bei den
Urheber*innen. Falls kein/e Urheber/in
ausgewiesen ist: SOS Mitmensch.

GLEICHE RECHTE

Wir sind bereit, harte Bretter zu bohren

In Österreich leben 220.000 Menschen, die hier geboren sind und dennoch keine Staatsbürgerschaft erhalten. Das ist ein ernsthaftes Demokratieproblem. SOS Mitmensch möchte das ändern.

Miri, wie sie ihre Freundinnen nennen, ist 17 Jahre alt und geht in Wien zur Schule. Sie wurde hier geboren, hat ihr bisheriges Leben in Österreich verbracht und unterscheidet sich in den Dingen, die sie macht, nicht von anderen Teenagern in ihrem Alter. Bis auf ein Detail. Weil ihre Eltern vor vielen Jahren nach Österreich eingewandert sind, hat Miri bis heute keine österreichische Staatsbürgerschaft. Das macht sie zur Ausländerin im eigenen Land. Im Ausland hat sie aber noch nie gelebt. Über sich selbst sagt Mirjana: „Ich bin mit der österreichischen Kultur aufgewachsen und nicht mit der serbischen. Ich bin mit Österreichern aufgewachsen, nicht mit Serben. Ich gehe in österreichische Schulen und nicht in serbische Schulen. Und trotzdem bin ich laut dem Gesetz keine Österreicherin. Ich habe sozusagen alle Kriterien erfüllt, dass ich Österreicherin bin, nur die Staatsbürgerschaft fehlt. Das verstehe ich nicht.“

So wie Mirjana geht es 220.000 Menschen in Österreich, die hier geboren und aufgewachsen sind und dennoch keine Bürger*innenrechte besitzen. Rechnet man die 80.000 Menschen dazu, die seit frühester Kindheit in Österreich leben, gibt es in Österreich mehr als 300.000 Menschen, die vom



Die Schülerinnen Mirjana, 17; Mereme, 18; Aylin, 17. Alle hier geboren, alle Österreicherinnen, aber ohne Staatsbürgerschaft.

Staat zu Fremden erklärt werden, obwohl sie von hier sind. Und mit jedem Tag kommen weitere 49 hier geborene Kinder dazu. Es ist eine groteske rechtliche Situation, auf die SOS Mitmensch die Öffentlichkeit mit der Initiative #hiergeboren aufmerksam machen will. Eine Initiative, die es eigentlich gar nicht geben dürfte. Während die Öffentlichkeit davon bislang eher wenig Notiz nahm, nicht zuletzt deshalb, weil demokratiepolitische Rechte für uns alle ganz selbstverständlich gegeben sind,

merkt man den Betroffenen das Gefühl der Zurückweisung an. Alexander Pollak, Sprecher von SOS Mitmensch, fordert die Politik nun zu einem Umdenken auf: „Österreich ist in Europa absolutes Schlusslicht beim Zugang zur Staatsbürgerschaft. Laut einer aktuellen Studie belegt Österreich bei der Einbürgerung unter 52 Ländern, gemeinsam mit Bulgarien, den letzten Platz. Wir sollten uns deshalb als Gesellschaft die Frage stellen, ob wir diese Kinder weiterhin als Kinder zweiter Klasse behan-

deln wollen. Wollen wir weiterhin Geburtenstationen, in denen das eine Kind Rechte verliehen bekommt, und das andere Kind, das am gleichen Tag dort zur Welt kommt, diese Rechte nicht erhält?“

Ende der Nichteinbürgerungspolitik

Die Petition von SOS Mitmensch, die ein faires Einbürgerungsrecht fordert, haben mittlerweile 36.000 Menschen unterschrieben. Darunter zahlreiche prominente Persönlichkeiten wie die Schauspieler*innen Edita Malovčić, Karl Markovics, Cornelius Obonya und Manuel Rubey, die Moderatorin Ricarda Reinisch oder etwa die Musikerinnen Eva Jantschitsch (Gustav) und Anja Planschg (Soap&Skin). Sie alle fordern ein Ende der Nichteinbürgerungspolitik.

Wie aber ist es überhaupt möglich, dass man im eigenen Land dennoch den Status einer Ausländer*in zugesprochen bekommt? Die Juristin und Staatsbürgerschaftsexpertin Antonia Wagner erklärt das mit der in Österreich geltenden rechtlichen Regelung, wonach die Einbürgerung von Kindern im wesentlichen vom Status der Eltern, von deren Rechtsstatus, von deren Einkommen und deren Gesamtverhalten abhängt. „Für eigene, davon unabhängige Regelungen trifft das Recht kaum Vorkehrungen“, so Wagner. Die sehr niedrige



Edita Malovcic unterstützt #hiergeboren

Einbürgerungsquote gehe auf Reformen des Staatsbürgerschaftsrechts Mitte der 2000er-Jahre zurück. Sie führten zu einem rasanten Abfall der Quote. Zwar habe sich die Quote mittlerweile etwas

„Viele Menschen scheitern an den hohen Hürden, die ihnen der Staat auferlegt.“ Antonia Wagner

erholt, dennoch scheitern viele Menschen schlicht an den hohen Hürden, die der Staat ihnen auferlegt, erklärt Wagner. Der Kriterienkatalog ist beachtlich. Gefordert wird u.a. ein langfristiger legaler und zeitlich nicht un-

terbrochener Aufenthalt; der Nachweis sozialen Wohlverhaltens; die Vorlage eines Deutschzertifikates auf dem Niveau B1; und der Nachweis eines ausreichend gesicherten Lebensunterhaltes, dessen Höhe und zusätzliche finanzielle Vorgaben wohl auch für etliche Österreicher*innen ein Problem wäre. Zusätzlich zu diesen Kriterien besteht eine Vielzahl an Ermessensbestimmungen. Die Behörden können selbst bei erfüllten Voraussetzungen die Einbürgerung verwehren.

Betroffene Menschen berichten von einem Gefühl der Ausgrenzung und Demütigung, wenn sie sich etwa für eine Lehre oder einen Job bewerben, dabei wie Ausländer*innen behandelt werden und entsprechende Papiere vorzeigen müssen. Zuletzt hat SOS Mitmensch auf einen weiteren Fall hingewiesen: Die 25-jährige Olga K. wurde in Wien geboren und lebt hier seit ihrer Geburt. Allerdings hat sie nur den serbischen Pass, weil ihre Eltern aus Serbien emigriert sind. Die Einbürgerung wollte ihr die zuständige MA 35 aber nicht geben, weil Olga aufgrund ihres Filmregie-Studiums in Hamburg vier Jahre im Ausland war. Zudem fragte man die Wienerin, die am Burgtheater arbeitet und Film unterrichtet, nach ihrer Integration. Die Frage ist, wann die Politik

Manuel Rubey unterstützt #hiergeboren





Cornelius Obonya unterstützt #hiergeboren

endlich auf diese Situation reagiert und die Gesetze repariert.

Deutschland: automatische Einbürgerung

In Österreich ist die Regelung so, dass die Chancen auf eine Einbürgerung für Kinder sehr oft vom Einkommen der Eltern abhängen. Die Kinder haben damit keine politischen Rechte und sind auch sozialrechtlich nicht gleichgestellt. Darauf haben mittlerweile viele europäische Staaten reagiert, indem sie die Einbürgerung solcher Kinder fördern. Sie richten sich dabei mehr oder weniger nach dem *ius soli* Prinzip, also dem Geburtsortprinzip. Dieses Modell sieht vor, dass ein Kind automatisch in dem Staatsgebiet eingebürgert wird, in dem es geboren wird. Auch wenn kein Staat das *ius soli* Prinzip in seiner Reinform umgesetzt hat, wird es oft angewandt, wenn sich die Eltern bereits eine gewisse Zeit im Inland aufhalten und über einen unbefristeten Aufenthaltstitel verfügen. Antonia Wagner verweist etwa auf Deutschland, wo Kinder automatisch deutsche Staatsbürger*innen werden, sofern die Eltern zumindest acht Jahre lang legal in Deutschland leben. Auch Portugal hat das Staatsbürgerschaftsrecht im vergangenen Jahr erheblich erleichtert und bürgert Kinder au-

tomatisch ein, sofern ein Elternteil über einen Aufenthaltstitel verfügt. Dabei verzichtet Portugal sogar auf eine geforderte Aufenthaltsfrist.

Frankreich wiederum sieht einen nachgelagerten Automatismus vor. Dort werden Kinder automatisch eingebürgert, sobald sie 18 Jahre alt sind.

Intakte Chancen: der Weg über den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte. Heinz Mayer

Weg über den Europäischen Gerichtshof

Das zweite Modell verknüpft den Rechtsanspruch auf Einbürgerung mit einer Wohnsitzfrist der Kinder selbst. Das Wohnsitzprinzip besagt, dass Kinder, die hier leben und aufgewachsen sind, einen Anspruch haben. In Schweden bewegt sich diese Frist zwischen zwei und fünf Jahren. Sobald die Jugendlichen 18 Jahre alt sind, können sie einen Antrag stellen und haben dann auch einen Rechtsanspruch auf die Verleihung der Staatsbürgerschaft. Dieser Rechtsanspruch ist insofern maßgeblich, weil der Staat nicht erst das Einkommen prüft oder die Einbürgerung vom Ermessen der Behörde abhängig macht, sondern diesen Kindern schlicht durch Anzei-

ge die Einbürgerung ermöglicht. Es gibt also bereits einige Vorbilder in Europa, an denen auch Österreich sich orientieren könnte. Was es dafür bräuchte, wäre der politische Wille. Der Verfassungsjurist Heinz Mayer zeigt sich allerdings skeptisch, wenn er meint, dass mit einer rechten Mehrheit im Land keine Kursänderung zu erwarten sei. Er erinnert daran, dass im Jahr 2004 das Land Wien versucht hatte, bestimmten Ausländer*innen das Wahlrecht einzuräumen. Mayer: „Die Konservativen haben daraufhin geschäumt und der Verfassungsgerichtshof hat ihnen Recht gegeben. Die Begründung war, dass die Staatsbürgerschaft etwas ganz Heiliges sei und das Wahlrecht nur jemand haben könne, der Staatsbürger ist.“ Ganz so, als wäre die Staatsbürgerschaft eine Art Mythos, die man nur mit ‚Blutsgleichen‘ teilt. Wer nicht dazugehört, kann eben nicht wählen gehen. Mayer schlägt allerdings vor, den Rechtsweg über den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte zu probieren. Das würde praktisch so aussehen: „Eine Person, die hier geboren wurde und lange hier lebt, müsste versuchen zu wählen, im Zuge der Verweigerung des Wahlrechts diese bekämpfen und sich in der Folge an den Verfassungsgerichtshof wenden. Falls der VfGH bei seiner Linie bleibt, müsste der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte angerufen werden.“ Das wäre wohl ein jahrelanger Prozess, so Mayer, der diesem Versuch aber durchaus intakte Chancen einräumt.

Dass die Forderung nach einer Liberalisierung des Staatsbürgerschaftsrechts ein schwieriges politisches Unterfangen ist, ist auch Alexander Pollak bewusst. Er versichert: „Wir sind hier, um harte Bretter zu bohren und werden sicher nicht nachlassen. Unsere Kampagne ist auch darauf ausgerichtet, dass es viel Überzeugungsarbeit brauchen wird, und wir keine Ruhe geben, bis es zu einer Änderung kommt.“ (red)

www.sosmitmensch.at/hiergeboren

BURGENLAND-ROMA

Oft gab es keine Erben mehr

Im Burgenland wurden während des Nationalsozialismus 90 Prozent der Roma-Bevölkerung ermordet. Die Historiker Gerhard Baumgartner und Herbert Brettl haben in ihrer bemerkenswerten, reich bebilderten Publikation „Einfach weg!“ die Vernichtung der Burgenland-Roma erstmals systematisch dokumentiert. Ein Gespräch mit Gerhard Baumgartner.

INTERVIEW: GUNNAR LANDSGESELL

Über die Roma-Bevölkerung im Burgenland ist wenig bekannt. Nach deren Deportation in die KZ und der Zerstörung von 120 Siedlungen schwing man über diese Geschehnisse. Ist so ein Buchprojekt heute leichter zu realisieren?

Ich beschäftige mich seit den 1970er-Jahren mit dem Thema Roma, Verfolgung, Nationalsozialismus. Im Rahmen der Historikerkommission habe ich mit Kollegen den Vermögensentzug von Roma und Sinti bearbeitet. Da wurde klar, es gab gar nicht wenig Grundbesitz bei den Roma. Bei diesem Projekt gab es erstmals einen völlig unbegrenzten Zugang zu Dokumenten, wir hatten quasi einen Passierschein. Noch in den 1990er Jahren war man bei einigen Bezirkshauptmannschaften hinauskomplementiert worden. Heute gibt es sehr viel Unterstützung, bei den Polizeiinspektionen, auch in Gemeinden. Das ist heute, auf dieser Ebene, eine andere Welt.

Ist man aufgeschlossener, gibt es heute ein Unrechtsbewußtsein?

Ja, wobei es den Gemeinden selbst am schwersten fällt. Geht es um das Aufstellen von Erinnerungstafeln über ermordete Roma, trifft man immer wieder auf Unverständnis bis Widerstände. Nach dem Motto: Warum braucht man



Neudorf bei Landsee: Die Menschen arbeiteten als Hilfsarbeiter*innen und landwirtschaftliche Tagelöhner. Nach der Rückkehr der wenigen KZ-Überlebenden waren die Häuser oft abgetragen.

da was für die ‚Zigeneuner‘? Nicht so sehr von Gemeindevertretern, eher aus der Bevölkerung. Pfarrer und Lokalpo-

Es gibt auch Angst und Scham über diese Vertreibungen mithilfe der lokalen Bevölkerung. Die Familienehre wird bekleckert.

litiker sind dann gefragt, zu vermitteln. **Was steht hinter dem Unverständnis?** Sicherlich ein landläufiger Antiziganismus, der tief verwurzelt ist. Wer das negiert, soll sich ausmalen, was mitunter los ist, wenn er zuhause sagt, er heiratet jetzt einen Rom oder eine Romni. Es

gibt aber auch Angst und Scham über diese Vertreibungen mithilfe der lokalen Bevölkerung. Da fühlen die Leute, dass die Familienehre oder die Ehre der Väter bekleckert wird. Das ist heikel, mit dieser Involvierung können viele noch schwer umgehen.

Es ist beeindruckend, welche Details Sie für jeden Ort rekonstruiert haben. Wie konnten diese Siedlungen und deren Spuren so gut getilgt werden?

Wir sind draufgekommen, dass es relativ viele Fotos gibt und recht wenig Quellenmaterial. Es ist oft schwer zu rekonstruieren, wem welche Häuser

gehört haben, weil sie oft nicht ins Grundbuch eingetragen waren. Die Möglichkeit hätte es zwar gegeben, aber die Roma wussten das oft nicht. Und es hätte auch Geld gekostet. Und die Gemeinde selbst hatte auch keinerlei Interesse, ein Haus auf, das auf Gemeindegrund steht, einzutragen. Die Siedlungen wurden nach der Deportation mit ganz wenigen Ausnahmen dem Erdboden gleichgemacht. Die wenigen Überlebenden nach dem Krieg hatten dann das Problem, ihren vernichteten Besitz für eine Entschädigung geltend zu machen. Sie konnten das kaum beweisen. Dabei waren das öfter Siedlungen mit großer Einwohnerzahl. 200 bis 300 Personen sind im Burgenland schon beachtlich. Der Ort, in dem ich aufgewachsen bin, ist kleiner. Das waren schon richtige Dörfer. Im Buch haben wir versucht, das zu dokumentieren.

Wie muss man sich die Abtragung der Häuser nach der Deportation der Bevölkerung vorstellen?

Die Häuser wurden mutwillig von der Ortsbevölkerung oder den Nationalsozialisten zerstört, entweder abgetragen oder angezündet. Um die Baumaterialien gab es oft Zwistigkeiten. Nach 1939 ist ein Großteil der Gauverwaltungen mit deutschen Beamten besetzt worden. Die Deportationen begannen gleich nach dem Anschluss. Ähnlich wie im Fall der Juden, wo es den Slogan gab, ‚Der Jud muss weg, das Gerstl bleibt da‘, ging man in den Gemeinden daran, sich das Eigentum der Vertriebenen, Baumaterial und Dachschindeln anzueignen. Die Gauverwaltungen beanspruchten das aber selbst, da gibt es lange Korrespondenzen darüber, dass das abzuführender Reichsbesitz ist. Da gibt es viele interessante Sekundärquellen. Auf den Fotos sieht man, dass das ja nicht nur kaputte Hütten sondern oft Häuser waren, die dem burgenländischen Durchschnitt entsprachen, da ging es schon um Vermögenswerte. Die Gemeinden damals versuchten das als wertlos dar-



Siedlung in Unterschützen. Die Polizei stellte die Bewohner*innen vor ihren Häusern in Reih und Glied für die Erfassung auf. Das half den Nationalsozialisten später bei ihrer Ermordung.

zustellen, auch nach 1945, gegenüber Überlebenden. Da gibt es die irrsten Blüten. In einem Fall kam ein KZ-Überlebender zurück in die Gemeinde, wo man ihm erklärte, sein Haus habe man abgetragen. Auf die Frage nach dem Erlös sagte man ihm, damit habe man die Deportation finanziert. Das hat rechtlich aber nicht gehalten.

Ein KZ-Überlebender fragte die Gemeinde nach seinem Besitz. Man antwortete ihm, damit habe man die Deportation finanziert.

Gerade im Burgenland, wo 90 Prozent der Roma-Bevölkerung durch die Nazis ermordet wurde, gab es ja oft keine Erben mehr. In diesem Fall fällt das Eigentum nach einer bestimmten Zeit zurück an die Republik. Das nennt man ‚kadukes‘ Eigentum. Das heißt, die öffentliche Hand, die die Deportation organisiert hat, hat später vom Eigentum der Opfer profitiert. Man kann schon argumentieren, dass das eine der faschistische Staat und das andere die Republik Österreich war. Aber die Republik Österreich hat sich immer geweigert, sich als Nachfolger des NS-Staates zu sehen und irgendwelche Verpflichtungen geerbt zu haben, gleichzeitig hat sich die

Republik nach 1945 nie gescheut, die Bankkonten der NS-Finanzämter zu übernehmen. Darauf lagen noch viele Gelder aus Arisierungverfahren. So einfach ist das nicht zu trennen.

Sie beschreiben in Ihrem Buch auch, dass Maßnahmen gegen Roma im Burgenland nicht erst mit dem Nationalsozialismus begannen. Die Menschen lebten oft Jahrhunderte lang in den Gemeinden. Gab es Zeiten, in denen sie gleichgestellte Bürger waren?

Das ist eine Frage, die auch in der historischen Forschung heftig diskutiert wird. Eines der herkömmlichen Narrative besagt, Roma waren immer schon ausgegrenzt, das Volk ohne Heimat. Ich persönlich neige eher zu der Sicht, dass sich nachweisen lässt, dass es in Zentraleuropa immer wieder durchlässige Sozialsysteme gab, die einen sozialen Aufstieg für Roma ermöglichten. Das wurde für Polen recht gut erforscht, wo Roma schon recht früh als Städtebürger auftraten. Man sieht auch, dass unter Maria Theresia im ungarischen Teil einzelne Roma-Familien geadelt werden. Auch in Siebenbürgen gab es Anfang des 20. Jahrhunderts durchaus eine bürgerliche Schicht von Roma, sogar mit einer eigenen Zeitung. Auch für

Ungarn gilt, dass es zum Beispiel Berufsmusiker-Familien gab, die seit Mitte des 19. Jahrhundert an den Konservatorien studieren und großbürgerlich leben. Das Phänomen ist, dass sich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts eine Sicht des ‚Zigeuners‘ durchsetzt, der heimatlos ist und nicht zur europäischen Gesellschaft gehört. Er ist nicht arbeitsam, sondern faul und immer arm. Damit wurden jene Roma, die nicht arm waren, Ende des 19. Jahrhunderts nicht mehr als ‚Zigeuner‘ wahrgenommen. Während Menschen, die arm waren, zunehmend als ‚Zigeuner‘ diffamiert wurden. Diese Figur der Ethnisierung der Armut hält sich bis heute.

Sie haben viel Fotomaterial recherchiert. Trägt der Eindruck, es gäbe zwei Bildsorten: einmal die kulturelle Ethnisierung des ‚Zigeuners‘, und einmal in Reih und Glied für die Kamera aufgestellte Menschen?

Das ist ein ganz wichtiger Punkt. Die Idee für dieses Buch kam auch daher, dass es im Burgenland eine fast einzigartige Sammlung von ‚Zigeunerfotos‘ gibt. Der Großteil der Fotos wurde von der Gendarmerie gemacht. Die Polizei in Österreich hat sehr früh begonnen, so genannte ‚Zigeuner‘ zu fotografieren. Diese Fotos wurden von Polizeifotografen während sogenannter Razzien in den Roma-Siedlungen gemacht. Die Leute stehen deshalb so aufgefädelt vor ihrem Haus, weil sie diesem zugeordnet wurden. Man muss aber dazusagen, dass die Fotos nicht den Alltag der Roma-Bevölkerung, sondern die schwere Arbeit der Polizei mit den Roma dokumentieren sollten. Die Fotos wurden auch für Polizeiausstellungen wie jene 1926 in Berlin produziert. 1929 gab es eine ähnliche Ausstellung zu 10 Jahre Burgenland. Die Polizei stellte dazu ihre Roma-Fotos aus über ihre Arbeit. Zu diesen Polizeifotos gibt es einen zweiten, eigentlich sensationellen Bestand. Ein steirischer Industrieller und Papierfabrikant, Alfred Ruhmann, ein kunstsinniger Lebe-

mann, hatte in den 1930er Jahren High Society und zugleich quasi als Hobby Roma im Burgenland fotografiert. Auf die Fotos stieß ich per Zufall über Erben von Ruhmann, in dessen Haus sich eine Kiste mit Fotoalben befand. Er hat rund 1.000 Fotos in den Roma-Siedlungen gemacht mit einem empathischen Zugang.

Hinter der Stimmungsmache gegen Roma standen offenbar aber auch ökonomische Verdrängungsprozesse.

In der Weltwirtschaftskrise kamen viele nunmehr Arbeitslose ins Burgenland zu ihren Familien zurück. Sie verdrängen die Roma völlig vom lokalen Arbeitsmarkt. Die verhungern regelrecht, das lässt sich auch an einer Kindersterblichkeit von 50 bis 60 Prozent ablesen. Furchtbar. Sämtliche soziale Kosten wie Ärzte usw. blieben aber an diesen kleinen Gemeinden hängen. Da explodierten die sozialen Konflikte, und hier ha-

Als die sozialen Kosten für die Gemeinden stark stiegen, setzten die Nazis mit der Parole „Burgenland zigeunerfrei“ nach.

ben die Nazis hineingestochen mit der Parole ‚Burgenland zigeunerfrei‘. Was also 1938 begonnen hat, baute auf diesen Dingen auf: auf den sozialen Konflikten vor Ort, auf der erfolgten Registrierung und, überspitzt formuliert, darauf dass alle froh waren, dass die Roma deportiert wurden. Es gab kaum Gegenstimmen, bis auf einige Gemeinden, wie Kleinpetersdorf, wo zwei Romafamilien 1943 nach Auschwitz deportiert werden sollten. Das betraf den Schmied mit seiner Familie und seinen Schwager mit Familie. Als der Ortsbauernführer mit einigen Bauern auf den Tisch haute, und meinte, ohne Schmied funktioniert ein Dorf nicht, konnte der Schmied bleiben. Die Familie seines Schwagers kam nach Auschwitz, wo sie alle starben. Die Parteiführung schaute zu. Das zeigt, wie sehr solche Vorgänge auch von der Duldung der Bevölkerung abhängen.

Deportationen funktionieren nur, wenn die Anderen dabei zuschauen.

Würden Sie zustimmen, dass es viele Analogien zur Judenvernichtung gibt, und die Roma Teil des Holocaust sind?

Ja, da gibt es sehr, sehr viele Parallelen. In der historischen Diskussion ist es eine der zentralen Fragen, ob die Roma Teil des Holocaust sind, das wird von Funktionalisten und Intentionalisten unterschiedlich beantwortet. Ich glaube, den größten Unterschied findet man in der Zuständigkeit bei der Verfolgung der Roma: das war immer eine Angelegenheit der Kripo, nicht der Gestapo. Deshalb haben wir Historiker dazu auch kaum Dokumente gefunden. Zudem war die Kripo zu Kriegsende recht gründlich und hat viele Akten beseitigt. Informationen finden sich aber auch in Unterlagen, in denen es um die Kosten geht. Wer hat das so genannte ‚Zigeuneranhaltelager Lackenbach‘ im Burgenland errichtet? Das waren die Sozialämter, das Land Niederösterreich und Wien. Und wer hat die Deportationen nach Polen bezahlt? Das waren die Sozialämter des Gaues Steiermark und des Gaues Niederösterreich. Erst Ende der 1990er Jahre fanden Historiker die Aufzeichnungen über die Besprechungen, wie man die Deportationen nach Polen organisiert hat. Deshalb wurden die Parallelen in der Forschung auch nicht so stark sichtbar.



„EINFACH WEG!“ Verschwundene Roma-Siedlungen im Burgenland.

Gerhard Baumgartner, Herbert Brettl
Layout: Peter Egelseer
new academia press 2020, 414 Seiten

POPULÄR GESEHEN

Das Beste, nicht das Letzte

Wie man in Kaisermühlen Kindern, die in Bretterverschlägen leben mussten, vor fast 100 Jahren eine Zukunft gab.

EINE KOLUMNE VON MARTIN SCHENK
Illustration: Petja Dimitrova

„Im Bretteldorf war es ein Glück, wenn du was zum Essen gehabt hast“, erzählt Hannelore. An der Donau in Kaisermühlen erstreckte sich vor hundert Jahren eine Siedlung verarmter Kleinhausler, Tagelöhner und prekärer Arbeiter. „Die Häuser waren notdürftig zusammengenagelt und da haben natürlich die ärmsten Leute gewohnt“, erinnert sich Ferdinand. Hannelore und Ferdinand sind als Kinder im Goethehof aufgewachsen. Zwischen der Schüttaustrasse und dem Kaiserwasser entstand 1930 einer der größten Gemeindebauten Wiens. Viele fanden Arbeit beim Bau, viele zogen aus dem notdürftigen Bretteldorf erstmals in eine „richtige“ Wohnung. Im Innenhof befand sich ein heute beinahe vergessenes Schmuckstück: ein Kindergarten. Und zwar ein ganz besonderer. Er war von dem Gedanken geleitet, benachteiligten Kindern nicht „das Letzte“ sondern „das Beste“ an Pädagogik und auch Innenarchitektur zuzugestehen. Das Architekturbüro Singer & Dickler, beides Bauhausschüler, sorgten sich um die Gestaltung des Innenraums. Ein anderer Blick auf das Kind lag damals in der Luft. Jean Piaget in der Schweiz beobachtete aufmerk-



Martin Schenk ist Sozialexperte der Diakonie Österreich.

sam die kognitiven Entwicklungsschritte der Kinder, die psychoanalytische Pädagogik August Aichhorns praktizierte in Wien einen verstehenden Umgang mit dem Kind, die Sozialpsychologin Maria Jahoda revolutionierte die sozialwissenschaftliche Forschung mit ihrem Diktum „Unsichtbares sichtbar machen, nicht beweisen, sondern entdecken“. Wien sei die Hauptstadt des Kindes, hieß es rundum angesichts des neuen pädagogischen Engagements in der Donaumetropole. In Wien entwickelte sich auch ein intensiver Austausch der Montessori Kinderhäuser mit der Psychoanalyse. Anna Freud hielt alle zwei Wochen ein eineinhalbstündiges Seminar ab, in dem die Pädagoginnen der Kinderhäuser sich über ihre Arbeit austauschen konnten. Als im Goethehof in den 1930er Jahren der Kindergarten seine Pforten öffnete, kamen Kinder aus Familien, die vorher in Bretterverschlägen leben mussten, kamen Kinder, deren Eltern kaum Geld zum Überleben hatten, kamen Kinder, denen keine gute Zukunft zugetraut wurde. Für sie gab es nicht das Letzte, sondern das Beste, was Pädagogik und Architektur zur Verfügung hatte.

POLIZEIKOLUMNE

Parlamentarische Kontrolle

Ein professioneller Verfassungsschutz braucht eine saubere politische Steuerung.

PHILIPP SONDEREGGER
BEOBACHTET DIE EXEKUTIVE.
Illustration: Petja Dimitrova

Das BVT kommt nicht aus den Schlagzeilen. Vor dem Sommer soll eine Reform den Malversationen ein Ende setzen. Bereits auf Schiene sind eine kriteriengeleitete Personalauswahl und strengere Überprüfungen der Mitarbeiter*innen. Ob die Pläne die Kuh vom Eis bringen ist fraglich. So lange Parteipolitik im Verfassungsschutz jenen Nährboden findet, der im BVT-Untersuchungsausschuss zu Tage trat, ist jeder Fleiß vergebens.

Gegen allzu plumpen Politeinfluss hilft das Licht der Öffentlichkeit. Aber der Staatsschutz hat berechnete Interessen der Geheimhaltung. In Österreich treten noch zwei Spezifika hinzu: das BVT ist sehr polizeilich geprägt, es fehlt die bürokratische Hochkultur der Polizeijurist*innen, wie sie in den Landespolizeidirektionen noch gedeiht. Gleichzeitig ist die demokratische Kontrolle auf den Minister verengt. Die Abgeordneten im Stapo-Ausschuss können froh sein, wenn sie Allgemeines erfahren. Mehr Kontrolle würde das BVT in der Erfüllung des gesetzlichen Auftrags stärken und vor Interferenzen mit sachfremdem Kalkül abschirmen. Soll die Aufsicht erfolgreich

CLARTEXT



Philipp Sonderegger ist Menschenrechtler, lebt in Wien und bloggt auf phsblog.at.



Clara Akinyosoye ist Journalistin bei orf.at und Ex-Chefredakteurin von M-Media.

Reden wir über die Quote

Wir müssen 2021 die Debatte über Frauenquoten in der Medienlandschaft führen. Daran führt kein Weg vorbei.

CLARA AKINYOSOYE SAGT ES NICHT DURCH DIE BLUME. EINE KOLUMNE ÜBER DIVERSITÄT UND MIGRATION. Illustration: Petja Dimitrova

sein, nimmt sie Output und Input der Organisation in den Blick. Das heißt, sie kontrolliert einerseits, ob im Amt wirksam, ethisch angemessen und rechtmäßig agiert wird. Andererseits nimmt sie sich der Frage an, um welche Phänomene sich der Verfassungsschutz überhaupt kümmert. Also wie viel Ressourcen in die Überwachung von zum Beispiel Tierrechtsaktivist*innen gehen und wie viel in die von Syrienrückkehrern.

Die politische Input-Steuerung ist insbesondere beim Nachrichtendienst zentral. Das Betätigungsfeld des polizeilichen Staatsschutzes ist durch Sicherheitspolizeigesetz und Strafgesetzbuch konkret festgelegt und er wird dabei durch die unabhängige Justiz kontrolliert (sieht man vom Rechtsschutzbeauftragten ab). Der Nachrichtendienst hat hingegen mit der erweiterten Gefahrenforschung praktisch freie Hand, wo er hinschaut. Und übt dabei beträchtliche Definitionsmacht über die Grenzen des demokratischen Spektrums aus. Diese Festlegung braucht eine breitere Legitimation als bloß durch den Minister.

Es ist einfach peinlich. Unlängst musste der Cheforganisator der Olympischen Spiele in Tokio, Yoshiro Mori, von seinem Amt zurücktreten. Der Grund? Der 83-jährige Ex-Regierungschef hatte bei einer Onlinevorstandssitzung des Olympischen Komitees einen Einblick in seine Gedankenwelt über Frauen gewährt und damit eine Welle von Protesten ausgelöst. Mori äußerte sich besorgt über die geplante Verdoppelung der Frauenquote in Führungsgremien der Sportverbände auf 40 Prozent. Denn Frauen würden zu viel reden, Vorstandssitzungen dadurch in Zukunft zu viel Zeit einnehmen. Er schlug vor, die Redezeit von Frauen zu beschränken. „Wenn eine von ihnen ihre Hand hebt, glauben sie wahrscheinlich, dass sie auch etwas sagen müssen. Und dann sagen alle etwas“, sagte Mori. Nun, ja. Die Realität sieht anders aus. Zahlreiche Studien zeigen, dass Frauen in Sitzungen seltener und weniger sprechen als Männer. Eine Studie der Uni Passau, die im Frühjahr erscheint, untersuchte Geschlechterunterschiede bei einer Konferenz und kam zum Schluss, dass Männer häufiger und länger zu Wort kommen als Frauen. Männer überzogen ihre Redezeit bei

Vorträgen öfter, meldeten sich häufiger zu Wort und sprachen länger – selbst, wenn im Publikum mehr Frauen saßen. Und dass Frauen öfter unterbrochen werden als Männer, lässt sich auch in TV-Diskussionen leider immer wieder aufs Neue beobachten.

Einen Mangel an Gleichstellung erleben wir in vielen Bereichen – auch in der Medienlandschaft. Darauf macht derzeit das Frauennetzwerk Medien mit der Aktion „ReframingQuotenfrau“ aufmerksam. Obwohl, wie der aktuelle Journalismus-Report vom Medienhaus Wien zeigt, mittlerweile 47 Prozent weibliche und 53 Prozent männliche Journalist*innen in den Redaktionen arbeiten, sind zwei Drittel der Leitungsfunktionen in Männerhand. Dass Männer Männer fördern und befördern ist kein Zufall. Diesem System müssen wir ein gerechteres entgegensetzen – die Quote. Das Netzwerk will die Debatte rund um Frauenquoten mit dieser Kampagne nachhaltig ändern, den Begriff der «Quotenfrau» positiv besetzen und für Frauenförderung in den Medien eintreten. Ein wichtiges Anliegen. Denn die oftmals noch auffindbaren männlichen Führungsetagen sind einfach peinlich.

POPULÄRKULTUR

Neues aus der Parallelgesellschaft

Österreichische Muslime werden oft als religiöse Fanatiker oder als Parallelgesellschaftler portraitiert, den Durchschnitt sucht man vergeblich. Ein persönlicher und humorvoller Blick auf den Alltag einer wienerisch-muslimischen Suderantin.

TEXT: NOUR EL-HOUDA KHELIFI



Illustration: Petja Dimitrova

Die österreichischen Musliminnen und Muslime sind wütend, enttäuscht und vor allem unruhig. Grund dafür ist die Gründung der Dokumentationsstelle politischer Islam, welche 2020 von der ÖVP und den Grünen beschlossen wurde, um den politischen Islam zu erforschen und vor allem zu bekämpfen. Allein der Stab an Expertinnen und Experten, die an dieser Dokumentationsstelle tätig sind, ist umstritten und weist teilweise eine Geschichte auf, die von islamophoben Schlagzeilen mitgeprägt ist. Darüber hinaus haben wir bis heute keine einheitliche Definition davon, was der politische Islam ist und was ihn ausmacht. Wissenschaft, Politik, Medien, alle definieren den Begriff für sich selbst, wie er gerade passt, in der Regel sehr populistisch behaftet. Die in Österreich lebenden Musliminnen und Muslime stellen sich seitdem die Frage, warum nicht mit ihnen zusammengearbeitet wird, wenn tatsächlich eine Gefahr von einigen Menschen aus der eigenen Community ausgeht. Mit dieser Aktion werden Menschen, die sich als

muslimisch identifizieren, erneut unter Generalverdacht gestellt und diesmal sogar auf institutioneller Ebene. Wenn der Leiter des wissenschaftlichen Beirats der Dokumentationsstelle sagt, dass „Islamophobie“ und „antimuslimischer Rassismus“ zu „Kampfbegriffen des politischen Islams“ geworden seien, dann ist das für marginalisierte Menschen wie ein Schlag ins Gesicht. Insbesondere sichtbare muslimische Frauen in Österreich standen in den letzten Jahrzehnten vermehrt im Visier von antimuslimischen Ressentiments. Hier wird eine religiöse Minderheit mit Steuergeldern diskriminiert und die Message übermittelt, dass es für muslimische Menschen einer eigenen Behörde bedarf. Die muslimische Community in Österreich zweifelt zurecht an der Objektivität der Dokumentationsstelle. Da müssen wir uns auch die Frage stellen, was die Intention solch einer Stelle ist. Geht es darum in Österreich lebende Musliminnen und Muslime unter Generalverdacht zu stellen und sie dabei erst recht in eine Parallelgesellschaft zu drängen? Oder geht es vielmehr dar-

um Extremismus und Gewalt jeglicher Couleurs zu bekämpfen?

Antimuslimischer Rassismus in Österreich existiert

Insbesondere uns junge Menschen trifft es hart. Wir werden politisiert schuladisiert. Viele Freundinnen haben aus Angst das Kopftuch abgelegt. Andere, die nicht als muslimisch gelesen werden, verstecken ihre Religion im Freundeskreis oder in der Arbeit, aus Sorge, stigmatisiert zu werden. Auch ohne diese Dokustelle war man als muslimischer Mensch bereits vorurteilsbehaftet. Was die Politik vorgibt, müssen wir im Alltag versuchen aufzudröseln und aufzuklären. Das kostet eine Menge Zeit, Kraft und vor allem Lebensenergie. Wir sind auch mit Schule, Uni, Arbeit, Familie, Freundeskreis und den Umständen in der Pandemie beschäftigt. Islamophobie und (antimuslimischer) Rassismus stören unsere Träume, Ziele und unsere individuelle Entfaltung. Und vor allem macht uns das ohnmächtig. Ohnmächtig, weil politische Teilhabe fast unmöglich wird.

POPULÄRKULTUR

BUCH



Klassenreise

Nicht zufällig steht ein Zitat des Soziologen Didier Eribon („Rückkehr nach Reims“) zu Beginn dieses Buches, im Vorwort von Natascha Strobl: *Die Herrschenden mer-*

ken nicht, dass ihre Welt nur einer partikularen, situierten Wahrheit entspricht (so wie ein Weißer sich nicht seines Weißseins und ein Heterosexueller sich nicht seiner Heterosexualität bewusst ist). Kinder aus Arbeiter*innen-Familien, schreibt Strobl, müssen sich die Realisierung ihrer Träume erkämpfen: „Denn die Welt, in der sie sich behaupten müssen, ist nicht für sie gemacht.“ Soziale Kämpfe sind dabei die eine Sache, die mit Herkunft verbundene Scham eine andere. Das machen Betina Aumair und Brigitte Theißl in ihrer Einleitung deutlich. Wo Armuts-

betroffene und Menschen mit geringer Bildung abgewertet werden, ist Klasse ein Tabu, so die Herausgeberinnen. Diese Schranke zu überwinden ist gleichsam der Auftrag des Buches an sich selbst wie an uns alle. In elf Porträts sprechen Menschen über ihre soziale Herkunft und wie diese ihr Leben begleitet. Beim Lesen fühlt man sich nicht selten an Bourdieu erinnert, der für andere unsichtbare Gefühle wie Unsicherheit sowie gesellschaftliche Mechanismen wie Distinktion und Ausschlüsse so eindrücklich mit Fragen der Herkunft verbunden

hat. Wie ein Puzzle setzt sich „Klassenreise“ zusammen, wenn in vielen persönlich erlebten und reflektierten Details der Erzähler*innen ein umfassendes Bild darüber entsteht, wie die Restriktionen unserer Gesellschaft sich bis in die Familie und einen selbst erstrecken. Dabei wird klar, dass es nicht allein um ökonomische Hürden geht, wenn Klasse überwunden werden will. (red)

Betina Aumair, Brigitte Theißl (Hg.)
Klassenreise. Wie die soziale Herkunft unser Leben prägt
 ÖGB Verlag, 2020
 140 Seiten, 19,90 Euro

BUCH



Solidarität gegen Klassismus

Wenn von Corona-Clustern von Arbeiter*innen in der Fleischindustrie gesprochen wird, dann sagt das etwas über die Exponiertheit

bestimmter gesellschaftlicher Gruppen aus. Nicht nur in Hinblick auf deren „Vulnerabilität“, sondern v.a. auch über soziale Ungleichheit und Herkunft, über Verteilungsfragen, sozialen Status und Fragen der Gerechtigkeit. Mit dem Begriff des Klassismus rücken Francis Seeck und Brigitte Theißl in einem lesenswerten Reader die Kategorie der Klasse stärker in den Fokus. In ihrer Einleitung sprechen die Herausgeberinnen sogar von einem kleinen Comeback des Klassenbegriffs, das durch Corona wohl noch einen Schub erhält. Der Fokus des Buches liegt dabei einer-

seits auf Diskriminierungsformen prekarisierter Menschen analog zu Begriffen wie Rassismus und Sexismus, und andererseits auf systemischen Fragen, wie im Kapitalismus solche Verhältnisse (re)produziert und von welchen Narrativen sie begleitet werden. Umverteilung und gesellschaftliche Solidarität sind in den Beiträgen genauso zentral wie das Sichtbarmachen von Mythen wie jenen der Chancengleichheit. Dass jede/r es durch Leistung schaffen kann, ist dabei eine der klassischen Strategien der gesellschaftlichen Individualisierung und Auslage-

rung sozialer Fragen. Wir erinnern uns an die Metapher von Sebastian Kurz über die Frühaufsteher, mit der er die „fleißigen Menschen“ von den „anderen“ trennt. In 26 ganz unterschiedlichen Beiträgen werden im Buch Klassenfragen neu besprochen. Das Schöne daran ist, dass Theorie und Analyse hier immer zur Praxis und zum Alltag führt. (red)

Francis Seeck, Brigitte Theißl (Hg.)
Solidarisch gegen Klassismus – organisieren, intervenieren, umverteilen
 Unrast Verlag 2020
 280 Seiten, 16 Euro

POPULÄRKULTUR

BUCH



Alle satt?

Gleich vorweg: „Alle satt?“ ist eine optimistisch gestimmte Schrift. Der Schweizer Agrarwissenschaftler Urs Niggli leitete 30 Jahre lang das Forschungsinstitut für biologischen Landbau FiBL und bringt damit eine in-

teressante Perspektive ein, um den Stand der Technik mit dem bäuerlichen Alltag und einem allgemeinen gesellschaftlichen Bewußtsein zu verbinden. Genau an dieser Schnittstelle diskutiert „Alle satt?“ auch die im Titel gestellte Ernährungsfrage. Schon zu Beginn des Buches fällt auf, dass Niggli das Thema der Ernährungssicherheit vor dem Hintergrund einer wachsenden Weltbevölkerung nicht primär als Kampffeld aufzufassen, sondern nach Fakten zu ordnen versucht. Welche technischen Entwicklungen gab es in den vergangenen Jahren? Wie haben sich diese zwischen dem globalen Nor-

den und Süden real ausgewirkt? Welche Möglichkeiten ergeben sich aus einer veränderten Produktionsweise? Der Dreh- und Angelpunkt von Nigglis gut zu lesenden Ausführungen ist dabei sein Argument, dass es einen Paradigmenwechsel in der Agrarforschung gegeben hat, der nunmehr den engen Fokus nach der Machbarkeit der Ernährung von zehn Milliarden Menschen nicht auf eine technische Leistung reduziert, sondern die ökologische Dimension mitdenkt. Höchste Zeit, könnte man sagen, wenn in vielen landwirtschaftlich geprägten Landschaften die Biodiversität bis zu 70 Prozent zurückgegan-

gen ist. Dabei zeigt sich, welche Verwerfungen die globalisierte Welt bringt. Sieht Niggli, dass mit vielen kleinen (landwirtschaftlichen) Initiativen oft mehr erreicht werden kann als mit Projekten von Bill Gates, zeigt sich andererseits, dass gerade Kleinbäuerinnen in ärmeren Ländern am stärksten unter Nahrungsmittelkrisen leiden. Die Systemfrage darf nicht vergessen werden. (red)

Urs Niggli

Alle satt? Ernährung sichern für 10 Milliarden Menschen

Residenz Verlag 2021

160 Seiten, 19 Euro

BUCH



Philosophieren im Islam

Wem ist angesichts unserer Diskussion über den Islam bewusst, dass im frühen

Mittelalter vergessene Philosophen wie Platon oder Aristoteles erst durch arabische Gelehrte wieder ihren Weg zurück nach Europa gefunden hatten? Souleymane Bachir Diagne durchstreift in seinem Essay die islamische Geschichte und folgt den Spuren eines lange währenden, spannenden Disputes in der religiösen Lehre über den Stellenwert der Vernunft. Er knüpft mit seinen fruchtbaren Überlegungen dabei immer wieder beim persischen Arzt Ibn Sina, dem persischen

Mystiker al-Ghazali und Ibn Rushd, einer der zentralen Gelehrtenstimmen von al-Andalus an. „Philosophieren im Islam“ ist dabei keine staubige Abhandlung religiöser Strömungen, sondern ein lautes Nachdenken über und Abtasten von geschichtlichen Strömungen vor dem Hintergrund auch heute aktueller kultureller Konflikte, bei denen aristotelische Vernunft zu einem der Drehpunkte wird. Der Austausch von Gedanken wird dabei für den Professor für Französisch und Philosophie an

der Columbia University in New York zum Motor seiner Schrift. (red)

Souleymane Bachir Diagne

Philosophieren im Islam

Passagen Verlag 2020

172 Seiten, 23 Euro

POPULÄRKULTUR

BUCH



Ein verheißenes Land

Schon als Präsident der Vereinigten Staaten, und eigentlich schon vorher als Senator von Illinois und Hoffnungsträger der Demokratischen Partei, erwies sich Barack

Obama als charismatischer Erzähler. Das bestätigt sich auch in diesem ersten (!) Band der Autobiografie Obamas. Er versteht es wie wenige andere Politiker*innen, persönliche Details mit Gedanken über das Geschäft der Politik zu verbinden. Er erzählt über die kreditfinanzierte Wohnung ebenso gerne wie über die Primaries gegen das Clinton-Team oder schwierige Momente der „Weltpolitik“. Das Geschick, sein Publikum für seine Ziele zu gewinnen, findet sich an vielen Stellen im Buch. „Würde man mich in die Zange nehmen? Würde ich die

Teilnehmer mit weit ausholenden, komplizierten Antworten langweilen?“, fragt er etwa hinsichtlich einer Bürger*innenversammlung in Straßburg. Die Ehrlichkeit des Erzählers wirkt dabei immer wohlkalkuliert und gleichsam reflektiert. Besonders interessant auch jene Stellen, an denen sich der erste Schwarze US-Präsident zu Erfahrungen hinsichtlich von Hautfarbe und *race* äußert. Obama, der sich in seiner Parteitagssrede 2004 mit dem Satz „Es gibt kein Schwarzes Amerika und kein weißes Amerika und kein Latino-Amerika

oder asiatisches Amerika“ sondern nur die Vereinigten Staaten an sein Publikum gewandt hatte, berichtet von den Spielarten des Rassismus, die ihm auch in „gutmeinender“ Form durch Mitstreiter*innen begegnet sind. Nach vier Jahren von Trumps Isolationismus fällt auf, wie sehr Europa und die Welt in diesem Buch Thema sind. (red)

Barack Obama
Ein verheißenes Land
 Penguin Random House, 2020
 1020 Seiten, 43 Euro (mit 32 Seiten Farbteil)

BUCH



Mediterrane Urbanität

Vorsicht! Dieses Buch kann sich befreiend in der Festung Europa auswirken, in dem der Bunkerblick zugunsten einer Weitung der Perspektive ausgetauscht wird. Autor

Christian Reder skizziert die Europawerdung von seinen Rändern her. Dort, wo wir heute Krisenregionen wahrnehmen und die Grenzschutzagentur Frontex gegen Geflüchtete vorgeht, hat Europa durch regen Austausch mit anderen Kulturen Gestalt angenommen. Dabei zogen Hunderttausende von diesen Küsten in die Welt hinaus und formten so, was sich später als europäisches Selbstverständnis ausmachen lässt. Kulturelle Diversität, Bürgerrechte, philosophischer Reichtum formten so den Kontinent, „bis hin zum behaupteten Univer-

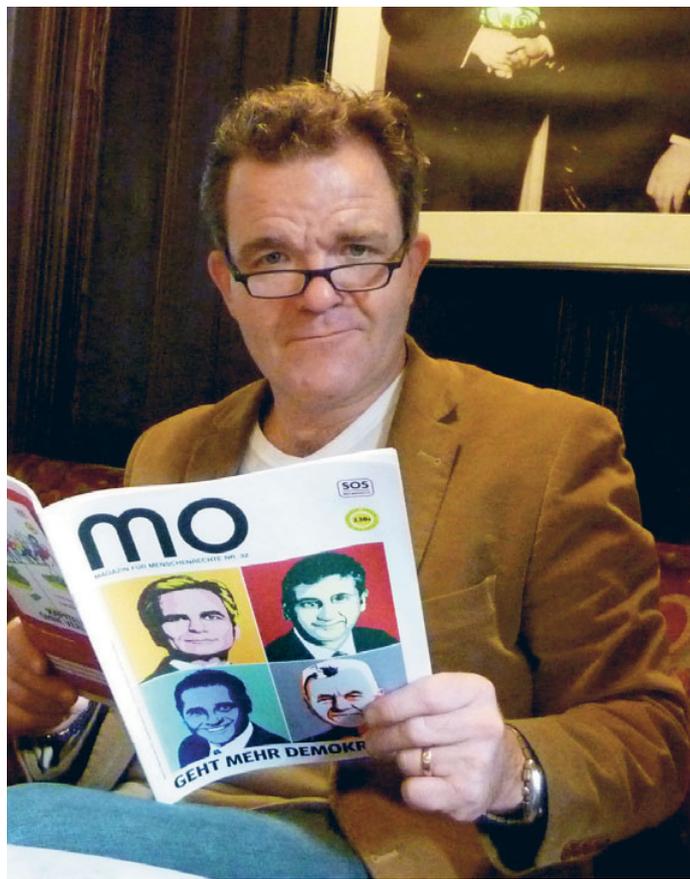
salismus von Demokratie, Republik, Vernunft, Aufklärung.“ Und Reder weiter: „Ursprünge der Europa prägenden Geisteswelten entstanden am Mittelmeer, die großen Buchreligionen vorerst in zivilisationsfernen Wüsten, mit Jerusalem als Mitte der Welt für Juden (Tempelberg, Klagemauer) und Christen (Kreuzigung, Auferstehung) und dem Felsendom (Mohammeds Himmelfahrt), dem für Muslime drittichtigsten Heiligtum nach Mekka und Medina.“ Vor diesem Hintergrund entwirft der Autor 20 Porträts von Hafenstädten am

Mittelmeer und am Schwarzen Meer, in denen sich viele neue, spannende Momente ablesen lassen. Darunter Städte wie Palermo, Istanbul, Barcelona, Algier und Triest, das ein halbes Jahrhundert lang Teil der österreich-ungarischen Monarchie war. Die Politik gesellschaftlicher Spaltung und Fremdenfeindlichkeit erscheint so in einem neuen Licht. (red)

Christian Reder
Mediterrane Urbanität. Perioden vitaler Vielfalt als Grundlagen Europas
 mandelbaum Verlag, 2020
 480 Seiten, 27 Euro

**„Menschenrechte gehen
uns alle an. Mir ist die
unabhängige Aufbereitung
von Menschenrechtsthemen
im MO-Magazin von SOS
Mitmensch 86 Euro im
Jahr wert. Ihnen auch?“**

Cornelius Obonya



ABO-BESTELLUNG

MO-Soliabo – 4x jährlich MO lesen um 86 Euro

ZAHLUNGSART

Einziehungsermächtigung (Einzug 1x jährlich)

IBAN

BIC

Vorname, Name

E-Mail

Zahlschein

LIEFERADRESSE

Vorname, Name

Adresse

PLZ | Stadt

E-Mail

E-Mail abo@momagazin.at

Fax 01/524 99 00-9

Post SOS Mitmensch, Zollergasse 15/2, A-1070 Wien



**MO – Die Menschenrechte
im Auge behalten!**

STAATSBÜRGERSCHAFT

Bereits 35.000 Menschen unterstützen #hiergeboren-Kampagne

Mehr als 300.000 Menschen sind in Österreich geboren oder seit frühester Kindheit hier aufgewachsen, ohne bislang die österreichische Staatsbürgerschaft erhalten zu haben. Grund dafür sind extrem hohe Einbürgerungshürden. Selbst hier geborene Kinder müssen über ihre Eltern ein Mindesteinkommen nachweisen, um eine Chance auf Einbürgerung zu haben. Verdienen die El-

tern zu wenig, gelten die Kinder für den Staat als „Fremde“, obwohl sie von hier sind. Das führt zu einer massiven Ungleichbehandlung. Rechte werden eingeschränkt, Zugehörigkeit wird gehemmt. Um das zu ändern hat SOS Mitmensch die #hiergeboren-Initiative gestartet, die bereits von 35.000 Menschen unterstützt wird, u.a. auch von zahlreichen prominenten Persönlichkeiten.



Georgij Makazaria (Russkaja) unterstützt die #hiergeboren-Initiative von SOS Mitmensch.

KUNST FÜR MENSCHENRECHTE

21. Benefizauktion zeitgenössischer Kunst online vom 12. bis 27. Mai 2021

Auch in Zeiten der Corona-Pandemie unterstützen wieder 100 namhafte Künstler*innen den Einsatz von SOS Mitmensch für Menschenrechte! Die rund 100 Werke (Malerei, Grafik, Fotografie, Skulptur) werden in der Aula der Wissenschaften zwei Tage ausgestellt und vom Dorotheum online versteigert. Von Günter Brus, Gunter Damisch, Arnulf Rainer und Max Weiler über Christian Eisenberger bis Veronika Dirnhofer, Hannah Winkelbauer und Gelatin reicht die Bandbreite – um nur einige stellvertretend zu nennen. Ihnen allen gilt unser großer Dank!

Online-Versteigerung: von 12. Mai bis 27. Mai (18 Uhr)
Besichtigung: Dienstag, 25. Mai, und Mittwoch, 26. Mai, 9 bis 19 Uhr
Ort: Aula der Wissenschaften, Wollzeile 27a, 1010 Wien
 Kontakt: katharina.hofmann-sewera@

sosmitmensch.at; +436767727586
 Ab Mitte April liegt ein umfangreicher Katalog auf, ebenso sind dann die Exponate auf www.sosmitmensch.at und ab 12. Mai auf www.dorotheum.at zu sehen und zu ersteigern. Ein besonderes „Zuckerl“ stellt die teilweise steuerliche Absetzbarkeit der Werke dar. Für Detailinformationen kontaktieren Sie bitte Ihre Steuerberatung oder das Finanzamt.

Schulen gegen Abschiebungen

Nach den Unrechtsabschiebungen von hier geborenen Kindern und Jugendlichen haben sich mehr als 50 Schulen zusammengeschlossen und einen Protestbrief an die Bundesregierung geschrieben. Der Brief enthält einen flammenden Appell für den Vorrang des Kindeswohls und eine Unterstützung der #hiergeboren-Initiative von SOS Mitmensch. .

Corona-Spalter hochaktiv

Teile der Politik missbrauchen die Pandemie, um gegen Migrant*innen und Muslim*innen aufzuwiegeln. Mit Sündenbock-Rhetorik wird politisches Kleingeld gemacht oder vom eigenen Versagen abgelenkt. Rechtsextreme bringen zudem antisemitische und antimuslimische Verschwörungsgeschichten in Umlauf. Dem muss entschlossener entgegengetreten werden.

Eisblockaktion für Evakuierung der Elendslager

Aus Protest gegen die Politik der eisigen Kälte gegenüber Geflüchteten hat SOS Mitmensch zwei jeweils 50 kg schwere Eisblöcke vor dem Bundeskanzleramt aufgestellt. SOS Mitmensch ruft zur umgehenden Beteiligung Österreichs an der Evakuierung und Aufnahme der Menschen aus den europäischen Schlamm- und Elendslagern auf!



Gegen Politik der Kälte (vor Bundeskanzleramt).

ANDERE ÜBER...

Ein kleiner Schneeball kommt ins Rollen

Zur Abschiebung von Tina und der Familien: Selbst wenn wir uns in Österreich für die harte Linie entscheiden und darauf bestehen, Recht muss Recht bleiben. Dann gilt auch: Kinderrecht muss Kinderrecht bleiben.

KOMMENTAR: TERTIARSWWESTERN

Gratuliere zu eurer tollen Aktion!“, das schrieben uns in letzter Zeit viele Menschen. Dabei war gar nichts Tolles dabei. Es war eine Spontanaktion, angeregt bei einem Gespräch über die Abschiebungen, die wir einfach nicht verstehen konnten. Eine Schwester hatte die Idee, ein Transparent zu malen, eine andere wählte, ohne viel nachzudenken, ein Zitat aus der Rede des Bundespräsidenten, malte das Transparent und hängte es an die Außenmauer des Klosters. Die Fotos kamen auf unsere Homepage und wir posteten sie auf Facebook und verschickten sie über WhatsApp.

Dann gab es so etwas wie einen Schneeballeffekt. Das Foto wurde oft geteilt und verbreitete sich schnell auf verschiedenen sozialen Medien. Printmedien und Onlinezeitungen meldeten sich und viele österreichische Ordensgemeinschaften schlossen sich dem Protest an.

Warum protestierten wir? Jesus sagte einmal den weisen Satz: „Der Sabbat ist für den Menschen da und nicht der Mensch für den Sabbat.“ Für ihn stehen Gesetze im Dienste des Menschen und müssen zum Wohle der Menschen ausgelegt werden. Das ist ein klarer

Grundsatz mitten aus dem Evangelium und mitten aus dem Leben. Wir sollten mit dieser Richtlinie umgehen wie mit einer guten Seife – möglichst oft anwenden.

Im Gegensatz dazu steht: „Wir haben ein Gesetz und nach diesem Gesetz muss er sterben.“ Tina und die anderen Kinder sind kürzlich unter die Räder dieser Sichtweise gekommen. Auch nach diesem Grundsatz können wir handeln, aber da sollten wir uns vorher fragen, wie sich das auf das Klima in unserer Gesellschaft auswirkt. Papst Franziskus sagt, dass aus der Verbindung von Gier, Gleichgültigkeit und Abgeschottetheit eine individualistische Traurigkeit entsteht. Wollen wir eine solche Gesellschaft, die wir durch unseren Egoismus in einen Dunstschleier der Traurigkeit tauchen?

Für uns ist der Fall klar: Wenn diese Familien in Österreich geblieben wären, hätte das für uns keinerlei Nachteile gebracht. Aber für die Kinder bringt die Abschiebung gewaltige Nachteile: das Zerplatzen von Zukunftsträumen, den Verlust ihrer Heimat, ihrer Freund*innen, ihrer Bildungslaufbahn ... Darum sind diese Abschiebungen nicht zu rechtfertigen.



Die Stimme erheben die Tertiarschwwestern und mit ihnen zahlreiche Frauenorden, Männerorden und Pfarren.

Und noch etwas: Selbst wenn wir uns für die harte Linie entscheiden und darauf bestehen: Recht muss Recht bleiben. Dann gilt auch: Kinderrecht muss Kinderrecht bleiben. Die Kinderrechte bauen auf 4 Prinzipien auf, zwei davon wurden hier klar verletzt:

- Wann immer Entscheidungen getroffen werden, die sich auf Kinder auswirken können, muss das Wohl des Kindes vorrangig berücksichtigt werden.
- Alle Kinder sollen als Personen ernst genommen, respektiert und in Entscheidungen einbezogen werden.

Das wurde in diesem Fall nicht beachtet. Es freut uns, dass sich so viele jungen Menschen damit nicht abfinden wollen und sich jetzt lautstark zu Wort melden. Vielleicht gelingt es doch noch, die Regierung zum Einlenken zu bewegen, so dass die Familien zurückkehren können in das Land, das sie als ihre Heimat betrachten und in dem sie auch gebraucht werden.

ZUR PERSON

Die Tertiarschwwestern des heiligen Franziskus sind eine internationale Gemeinschaft mit dem Mutterhaus in Brixen/Südtirol.



#HIERGEBOREN



**JA ZUR EINBÜRGERUNG
HIER GEBORENER KINDER!**

MEHR ALS 220.000 MENSCHEN, die in Österreich geboren wurden, haben bislang nicht die österreichische Staatsbürgerschaft erhalten. Grund dafür sind die extrem unfairen Einbürgerungshürden. Hier geborene Kinder müssen unter anderem ein Mindesteinkommen nachweisen, um eine Chance auf Einbürgerung zu haben.

DAS IST AUSGRENZUNG PUR! Kinder, die von hier sind, werden vom Staat zu „Fremden“ erklärt. Das führt zu Ungleichbehandlung. Die Beteiligung an der Demokratie wird blockiert. Zugehörigkeit wird gehemmt.

**UNTERZEICHNEN SIE JETZT AUF
WWW.HIERGEBOREN.AT
für faire Einbürgerungsbestimmungen!**

Wir finanzieren unsere #hiergeboren-Kampagne ausschließlich durch private Spenden.
Spendenkonto: SOS Mitmensch, IBAN: AT87 6000 0000 9100 0590 | BIC: BAWAATWW

21. Kunst auktion 2021

Online Auktion: 12.–27. Mai 2021

Besichtigung: 25. & 26. Mai 2021

Aula der Wissenschaften, Wollzeile 27a, 1010 Wien

www.sosmitmensch.at

Kunstauktion zeitgenössischer Kunst zugunsten von SOS MITMENSCH

